

Die Gewerkschaft

Zeitschrift zur Vertretung der wirtschaftlichen und sozialen Interessen der in Gemeinde- und Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter und Unter-Anstellten

Organ des Verbandes der deutschen Gemeinde- und Staatsarbeiter

Redaktion und Expedition: Berlin W. 57, Bülowstr. 21
Fernsprecher: Amt 9, Nr. 6988
Redakteur: Heinrich Bürger

Motto:
Staats- und Gemeindebetriebe
sollen Musterbetriebe sein

Erscheint alle 14 Tage Freitags
Bezugspreis vierteljährlich durch die Post (ohne Befreiung) 0,80 M. Streifband 1 M. — Postzeitungsschleife Nr. 3169

Redaktionschluß: Sonnabend vor dem Erscheinen.

Inhalt.

Arbeiterbeamtentum und Koalitionsrecht. — Zur Lage der Paternosterwärter in Berlin. — Arbeiterauslässe in Hamburgischen Staatsbetrieben? — Zur Lage der städtischen Arbeiter von Köln. — Der Einfluß einer starken Organisation. — Auf Urlaub. — Aus den Staats- und Gemeindebetrieben. — Aus den Stadtparlamenten. — Aus unserer Bewegung. — Thomas Müntzer. — Schriften und Bilder. — Verbandsteil. — Anzeigen.

Arbeiterbeamtentum und Koalitionsrecht.

Die Koalitionsrechtsfrage wird für städtische und staatliche Arbeiter brennender. In der letzten Zeit haben wir wiederholt Gelegenheit gehabt, gewisse Vorgänge als Vorbereitung zum Angriff auf das Koalitionsrecht zu deuten, und wenn auch deshalb noch keineswegs die blaue Furcht uns schüttelt, so müssen wir uns doch vor Augen halten, daß im Deutschen Reiche zurzeit die ultrareaktionären Strömungen durchaus Überwasser haben. Woher und wie das gekommen ist, dem brauchen wir heute nicht weiter nachzuhören; es kommt vielmehr darauf an, diese Sache richtig einzuschätzen und sich danach zu richten.

Von einer lang und kluglosen Preisgabe unserer Rechte ist bei uns natürlich nicht die Rede.

In letzter Zeit hat man wiederholt behauptet, daß Arbeiter in öffentlichen, staatlichen Betrieben, insbesondere der Eisenbahnen, nicht der Gewerbeordnung unterstünden und deshalb nicht das Koalitionsrecht hätten. Wir wollen heute auch darauf nicht näher eingehen, sondern vielmehr betonen, daß gerade dem Koalitionsrecht der Drang immer wohnt, sich unter allen Umständen und trotz größter Schwierigkeiten durchzusetzen. England ist uns klarer Beweis dafür.

Unsere Reaktionäre sind aber blind und haben aus der Geschichte nichts gelernt, deshalb propozieren sie auch ziemlich leichtfertig Zusammenstöße auf sozialem Gebiete.

Am 9. und 10. Mai dieses Jahres tagte in Leipzig die XIII. Konferenz der Zentralstelle für Arbeiterwohlfahrtsinrichtungen unter dem Vorsteher des Staatssekretärs a. D. Admiral Hollmann und im Beisein von Reichs- und bundesstaatlichen Behörden, großer sozialpolitischen Vereinigungen usw.

Es wurden Dinge verhandelt, die mit dem Koalitionsrecht eigentlich nicht das geringste zu tun haben: Verdienstlose — Arbeitersenioren-Vorlagen. Bei der Erörterung des letzteren Punktes berichtete Herr Oberbürgermeister Dr. Adolfs Frankfurt a. M. über die von den Städten auf dem Gebiete des Pensions- und Alterswohlfahrtens der Arbeiter getroffenen Maßnahmen und stellte sich folgende zwei Fragen zur Beantwortung:

1. Sollen die Beteiligten einen Rechtsanspruch erhalten und zu Beiträgen für die Versorgung herangezogen werden?

2. Besteht eine Tendenz zur Ausbildung eines sogenannten Arbeiterbeamtentums und ist sie richtig?

Der Referent hält die Frage des Rechtsanspruchs nicht für so wichtig, wie sie neuerdings vielfach in der Theorie dargestellt wird, zumal wenn die Frage der Rücksichtnahme nicht befriedigend gelöst ist. Diese zu regeln sei viel wichtiger. Bedenken gegen den Rechtsanspruch ergäben sich auch aus dem Wechselverhältnis mit der Reichsinvalidenversicherung und aus dem fast vollständigen Fehlen der notwendigen statistischen und versicherungstechnischen Vorarbeiten; hieraus sei auch die bisherige vorläufige und zum Teil provisorische Regelung der Materie zu erklären. Die mit dem Rechtsanspruch zusammenhängende Frage der Beiträge sei ebenfalls schwierig zu lösen; die Städte würden die schließlich doch selbst zahlen müssen. Am Interesse der Verwaltung sowohl wie der Arbeiter sei die nach dem Frankfurter Muster ausgebildete Form der Fürsorge nur aus städtischen Mitteln ihrer Einsicht halber zu empfehlen; dabei könne man nicht so leicht in Verlegenheit, Schritte rückwärts machen zu müssen. Bezüglich der Ausbildung des sogenannten "Arbeiterbeamtentums" bemerkte der Referent, daß allerdings manche Anfänge hierzu vorhanden seien, vor allem in der Annäherung der wirtschaftlichen Sicherung der Arbeiter an die Beamten; im einzelnen seien auch viele Berührungspunkte und Übergänge. Dagegen sei eine generelle Übertragung des Beamtencharakters schwierig und nicht zu empfehlen, da hierdurch die Bewegungsfreiheit der Verwaltung sowohl wie der Arbeiter beschränkt werde. Alles in Allem könne er nur empfehlen, dem Vertragsverhältnis weniger privatrechtliche Erörterungen als gegenwärtiges Vertrauen zugrunde zu legen. — Herr Adolfs wies ferner darauf hin, daß die lebenslängliche Abstellung nur bei einem verschwindenden Teil der Kommunalbeamten erfüllt sei; auf der anderen Seite mache er gelend, daß, wenn die Arbeiter Beamten würden, sie auf den Streit verzichten müßten, weil die Beamten Eigentum die Stelle des Koalitionsrechts aufhöhe.

An der darauffolgenden Diskussion beteiligten sich mehrere Herren, wovon wir die Herren Senatssekretär Dr. Albrecht Hamburg und den Ministerialdirektor Thiel aus dem preußischen Landwirtschaftsministerium erwähnen. Unsere Hamburger Kollegen wird es sicher interessieren, daß der Senatssekretär Dr. Albrecht bestmöglich der städtischen Fürsorge die Organisierung auf Grund der Sicherungspflicht in der Form der Kasseninrichtungen

* Sie wir über den Streit denken, haben wir auf Seite 203, 4 unserer Zeitschrift gelegt. D. R.

mit Beiträgen und Teilnahme der Arbeiter an der Verwaltung nach dem Muster einer für städtische Arbeiter in Elsass-Lothringen geschaffenen Zuschußkasse empfahl.

Andere Register zog der Ministerialdirektor Thiel Berlin. Er meinte, daß mit Rückicht auf diejenigen Betriebe, in denen ein plötzlicher Streit mit den größten Gefahren für die Öffentlichkeit verbunden sei, das Koalitionsrecht eingeschränkt werden müsse. Herr Thiel war selbst davon überzeugt, daß das sehr „reaktionär“ sei, diese Überzeugung hinderte ihn aber nicht, seine Auffassung als eine sehr zeitgemäße zu empfehlen.

Die Einschränkung des Koalitionsrechts will Herr Ministerialdirektor Thiel dadurch erzielen, daß in erster Linie in Staatsbetrieben, wie der Eisenbahnverwaltung, die Arbeiter zu Beamten gemacht werden. Für den Verzicht auf das Koalitionsrecht sollten sie die mit der Beamtenhaft verbundenen Vorteile, namentlich die Pensionsberechtigung, entschädigen. Aber Herr Thiel geht noch weiter. Er verlangt auch, daß die Arbeiter in den Bergwerken, in den Gasanstalten, bei den Straßenbahnen (Warum nicht auch Arbeiter der Nahrungsmittelindustrie, Aerzte u. a. m.? D. R.) beamtet werden. Also ein Abbruch des Koalitionsrechts auf Gebieten, die teilweise den Staat gar nichts angehen. Bei einer demütigenden Revidierung der Gewerbeordnung hofft der Redner, werden wohl die endgültige Ausmerzung des Koalitionsrechts der in Frage stehenden Arbeiter erfolgen können.

Herr Thiel sprach zwar nicht als Vertreter der Regierung; da seine Ansicht aber ziemlich übereinstimmt mit Auffassungen, die bei der Beweisführung der Verteilung der Rechtsfähigkeit an die Arbeiterberufsvereine vom Bundesstaatliche fielen, darf man wohl annehmen, daß die preußische Regierung ähnliche Absichten wie Herr Thiel hat.

Wie konsequent in der preußischen Regierung reaktionäre Pläne verfolgt werden, ist hinlänglich bekannt. So macht man es mit allen Volksreden, womit wir in Preußen Deutschland allerdings nur sehr lächerlich ausgestattet sind.

Darum: Aufgepaßt!

Schließlich sagt sich jeder denkende städtische Arbeiter, daß durch eine Weiterentwicklung des sogenannten Arbeiterbeamtenrechts das Koalitionsrecht teilswegs überflüssig geworden ist. Erstens und mir noch lange nicht so weit und zweitens, wenn alle städtischen Arbeiter Beamte geworden sein sollten, so hätten sie dies erst der gewerkschaftlichen Organisation zu danken und drittens würden gewerkschaftlich organisierte Arbeiter sich durch „Verteilung eines Charakters“ nicht so ohne weiteres in Mollusen verwandeln und auf jegliches Vereinigungtrecht verzichten. Das tun nicht einmal unsere heutigen Staats- und Gemeindebeamten.

Zur Lage der Paternenwärter in Berlin.

Berlin gilt in den Augen vieler Freunden nicht nur als eine der reichsten, sondern auch als eine der bestbehinderten Städte. Und man muß sagen, daß die städtischen Verwaltungsschäften bemüht sind, in dieser Richtung sich jede Verbesserung zu eignen zu machen. Tatsächlich eine neue Erfindung auf, die eine Verbesserung des Lichteifers verspricht, so wird sie probiert und im Betriebserfolg eingeführt. Auf die Behandlung der Obstabfälle, Paternen usw. wird die punktuelle Sorgfalt verhindert. Und so kommt man der Verteilungsverteilung das Lob spenden, daß sie nach vielen Richtungen hier ihren Zweck erfüllt, wenn nicht noch eine immerhin wichtige Frage der Erörterung unterliege, die nicht der Stadt Berlin zum Aufnahmehaft gereicht; wir meinen das Arbeitsverhältnis der Bedienungsmannschaft bei der Bedeutung selbst, der Paternenwärter. Diese Leute retribuieren sich infolge der nicht vollen Beihärtigung fast unnahmlos aus den Kreisen der kleinen Handwerksmeister. Ihre

Tätigkeit besteht darin, daß sie der Tageszeit entsprechend zu einem bestimmten Zeitpunkte die ihnen zugewiesenen Paternen anzutunen und auszulösen, die Schichten punzen und in Ordnung halten. Dafür erhalten sie eine tägliche Entschädigung von 2,30-2,70 M. Daß eine solche nicht ausreicht, um eine Familie zu ernähren, erkennt klar, und daher müssen die Paternenwärter noch einen Neben verdienst haben, so daß sie dadurch häufig gezwungen sind, 11-16 Stunden täglich zu arbeiten. Man dieser Zustand schon als ungünstig bezeichnet werden, so ist die Art, wie man die kleinsten Zeiter der Leute mit schweren Strafen abhängt, als bedauerlich zu bezeichnen. Wenn z. B. der Mann wenige Minuten zu spät nach dem Sammeltag kommt, kostet es 25 Pf. Strafe; verläßt er infolge großer körperlicher Anstrengung die Zeit; 50 Pf., wer dieses Verstauen nicht selbst meldet, erhält 25 Pf.; wer nichts die Patrouille verfüllt, 1 M.; wer sie halb verfüllt 50 Pf.; wer den Lohn nicht rechtzeitig erhebt, 25 Pf. usw., und dies alles bei einem täglichen Verdienst von 2,50 M. Dabei wird diese Straferledigung so rigoros geübt, daß ein im Monat unbefristeter Paternenwärter von den übrigen Kollegen wie ein Wunder angesehen wird. Haft hat es den Anschein, als ob die Kontrollen dazu angehalten werden, ihren Befähigungs Nachweis durch recht viele Meldungen zu erbringen. Dabei müssen die Bevölkerung nicht einmal, was mit den Strafgeldern geschieht. Weiß ist in der umfangreichen, aber unmöglich einzuhaltenden Arbeitsordnung auch etwas über den Zweck der Strafen gesagt, aber Auflösung darüber, zu welchen Zwecken jene Summen verändert werden, erhalten nicht einmal die beruflichen Vertreter der Leute, die Arbeiterausübung Mitglieder. Daß ein solches Verfahren der Wiederaufnahme über den wirtschaftlichen Zweck der und zur öffnet, sollte man sich doch auch sagen. Und selbst wenn der gesetzlichen Verordnung dadurch genügt wird, woran wir noch zweiten sollte man den Patrouillenstrafzettel am Ende nicht einen solchen reaktionären Standpunkt beibehalten. Weiter ist eine große Erbitterung darüber vorhanden, daß man bezüglich der Gewährung der Leute auch die verschiedenartigsten Forderungen an die Stadt läßt. Der Sammelpunkt der Paternenwärter befindet sich nicht auf einem freien Platz. Der Wind legt einig darüber hin; ob es regnet oder schneit, ganz gleich, die Leute müssen warten, bis sie das Zeichen zum Aufbruch erhalten. Daß die Abrechnungen, Sicht und die durch Erfüllung herbeigeführte Kürzungsendung ständig Krankheiten unter den Angestellten zu finden, ist klar. Wenn nunmehr Wunder, wenn da häufig der Gedanke ich hervorragt, daß zu etwas den Vorgesetzten passieren müßte, dann würde wohl Wandel geschehen werden. Es soll nicht verhindern werden, daß die Gasverwaltung schon einmal den Versuch unternommen hatte, Unterhaltsräume zu beschaffen. Aber die in Frage kommenden Verwaltungen, wie Park und Schuldeputation, lehnten es aus ästhetischen Gründen ab, welche Räume herzugeben oder Buden auf Plätzen errichten zu lassen. Zedenfalls forderte man die Statt, da ja der Arbeitsaufwand der Freuden daran Anteil nehmen könnte. Den jedoch und traurigen Paternenwärter in seiner Behauptung bestätigt man ja nicht zu sehen. Wenn die Paternenwärter die Unterhaltung der Freude erbitten, so geschieht es aus der Erfahrung, daß bisher ihre berechtigten Bemühe wenig oder gar nicht berücksichtigt worden sind.

Arbeiterausküsse in Hamburgischen Staatsbetrieben?

Aus sonst gut unterrichteter Quelle wird uns mitgeteilt, daß der Hamburger Senat mit den Besitzern aller Staatsbetriebe in einer am 19. d. M. stattfindenden Sitzung eingehend darüber verhandelt, ob die Ernennung von Arbeitern auszuführen, wie sie die Arbeiter wünschen, sich empfehlen würde. Alle Formen derartiger Arbeiterversammlungen haben keine passieren. Ausführlichere wurde über die Errichtung sogenannter Arbeiterwohlfahrtsschäfte, denen auch Betriebsbeamte zugeordnet sind, und die bekanntlich der Senator für Industrie in seiner Kommission darüber eingehoben hat, verhandelt. Zu den Betrieben der Hamburger Gewerbe und die Betriebsarbeiterkammer in den Verhandlungen der Betriebsfraktionsleitung als Arbeiterschaft zugelassen. Bei dem Verteilung der Betriebswohlfahrt wurde die Erfahrung abgegeben, daß der in diesem Betrieb errichtete Arbeiterschaft, der aus direkter, geheimer Wahl der Arbeiter herorgeht, zu Abstimmungen feinerlei Verantwortung gegeben habe.

Um Interesse eines gedeihlichen Zusammenwirkens von Verwaltungen und Arbeitern wäre es wünschenswert, wenn man sich an maßgebender Stelle nicht länger der Einsicht verföhnen würde, daß Arbeiterversetzung innerhalb der einzelnen Betriebe notwendig sind, und daß das innere Wesen dieser Körperchaften bedingt, daß sie auf derselben Grundlage erichtet sein müssen, wie der Ausdruck in der Verbrennungsanzahl. Daß mit den Arbeitern in vernünftiger Weise zu verhandeln ist, wird durch das gewiß einwandfreie Zeugnis des betreuenden Rechtsberufs bewiesen.

Zur Lage der städtischen Arbeiter von Köln.

Als diejenigen unbefriedigenden Forderungen der Leute fühlten sich erfreut, unter weiten umwandlungen Verhältnissen sie gegenwärtig zu leben in derjenigen Stadt, deren Bewohner sich aufmerksam ihres sozialen Zustandes zu rüthen pflegt, und deren Arbeitnehmern eben das bekanntlich bis auf die Nüchtern arbeitsfreundliche Zentrum bildet.

Woch bei uns sehr haben wir die Sagen von Gebeten der Erbarmungsbraue nicht veröffentlicht. Seit neueren ist die Arbeit niedergestellt und aus Zeitabenteuer war verstreichen worden, das vom 1. April ab der Vater gesetzte werden möchte. Die gelehrten Autoren betrachten eine allgemeine Erziehung des Stundenlobes ein unerlässliches Pflicht. Um so mehr aber noch die Entschuldigung, als ihnen am 18. April die Substantia vorliegt wurde. Ein Zeit der Nutzlosigkeit hätte, wäre und könnte einen kleinen Nutzen erbracht, die ist jedoch ausgeschlossen. Die Entwicklung der Autoren geht geradezu voran und alle 11. April am 19. April erscheint zweckmäßigerweise wieder und es erwartet den Leser nichts, wenn er bei der ersten Ausgabe von der nächsten Woche erwartet, wenn es nicht passiert, dass eine andere Arbeit erscheinen wird, als erwartet zuerstnachher. Das meinten die Freunde, welche die Erbarmungsbraue nicht veröffentlicht, in dem sie versuchten, dass wir nicht mit einer solchen Arbeit konkurrierten und diese Autoren sind jetzt anderswo tiefen in der Arbeit, während wir hier weiterarbeiten. Es kann uns nicht gäbe, dass bei diesem Zustand nicht schon eine Arbeit erscheinen wird, am 19. April, in den 18. April. Das kann man leicht verstehen, dass die Verhandlungen über die Arbeit fortgesetzt werden und nicht, weil zwischen verschiedenen Städten und Landen, sondern in den 18. April kommt, die in einer Stadt, die den anderen gegenübersteht, keinen Schaden, ebenso bestimmt in eine dem entsprechenden benachbarten Lande. Wenn

Wede ist in den Straßenabwasserhänen mit Weienträsten gearbeitet werden. Das Unmögliche wurde möglich gemacht, um vor dem Sonntag, der einen sehr harren Verkehr erwarten ließ, möglichst viele Wagen hinunter zu bringen, und in Erwartung der verhinderten Verkehrsbehörde haben denn auch die Arbeiter ihre Märsche bis zum Abendessen ausgezögelt. Am Montag aber kam bei der Zählung der Magennummer. Die Werkbautenarbeiter sollten sich weniger auf die Besprechungen der Richter als auf sich selbst verlassen und zu diesem Zweck ihren gewerkschaftlichen Organisationen beitreten, das wäre das letztere Mittel, ihnen zu helfen.

Noch mit einem kleinen Nachdruck betrieb müssen wir uns beschäftigen, mit einem alten Bekannten: dem Glasweier. Es ist schon ein Gegenstand unserer Mürit gewesen, daß wir uns diesesmal nur fassen können. „Am § 21 der seit 1. April in Kraft befindlichen Allgemeinen Verordnung für die hofdienenden Arbeiter“ heißt es: „Massen Entlassungen infolge verhindelter Dienstleistung dürfen erfolgen, so in Rücksicht zu halten, ob die entbehdeten Arbeiter bei einer anderen Dienststelle befähigt werden könnten. Läßt dies nicht zu, so sind die im Dienstalter jüngsten, sowie die unverbrauchten Arbeiter umgeholt zu entlassen.“ Auf dem Papier ganz schön, meinen die Arbeiter, aber es wird nicht danach gehandelt. „Natürlich fällt es seiner Betriebsverwaltung ein, bei Entlassungen zunächst bei den anderen Betrieben anzufragen, ob dort etwa die Entlassenden untergebraucht werden könnten, und weiter wird bei den Entlassungen weniger nach den Verhältnissen dieses Paragraphen, als nach Willkür verfahren. Im Glasweier werden Stöder zu Hofsarbeiten gemacht, ohne daß ein zugänglicher Grund vorliegt. Die Leute verdienen als Hofsarbeiter erheblich weniger, leben also darunter Verkümmungen sehr leicht. Mein empfinden ließe ich als Willkür. Die oberen Beamten, ja meine einer unserer Gewerkschaftsmänner, seien weniger schlimm als die Meister. Von den Willkürhandlungen dieser Leute erfreuen die Beamten sich nie etwas, da eine Weisheitwerde die Ansicht auf baldige Arbeitssuchende ergibt.“

Es gibt wohl keinen einzigen häuslichen Betrieb mehr, über den nicht schon lebhafte Klagen laut geworden wären. Unsere Fäser werden sich entzünden, das sind die Angenötigten der häuslichen Bediensteten und des Elektrizitätswerkes eben ihre Zustand zur „Alten, jungen“ haben nebstmals müssen, von den Straßenbahnen gar nicht zu reden. Die Arbeits- und Lohnverhältnisse aller dieser Leute sind durchweg sehr, sehr verhängnisbedeutend und der Stadt Mön im bedrohten Grade ungewöndig. Wann wird es endlich anders werden?

Der Einfluß einer starken Organisation.

Das "Neue Montagblatt" von Eduard Bernstein schreibt:
„Auch wie von einem andern Weltkörper löst sich das folgende
Stück aus dem Aprilheft des Monatsschriften des Verbands der
englischen Rauchzubauer. Es ist dem Verbitat des Verbands-
verbandes entnommen.“

"Wir sind im Range des Monats," lautet es, "mit dem Vorstand des Internerherbundes wegen einer Anzahl noch ausstehender Fragen zusammenzutreffen."

„Die eine betraf die Bezahlung von Radfahrtkosten im Auswisch und wurde den Erwerbsverbinden zur Verhandlung überreicht.
Die zweite betraf die Bezahlung von Radfahrtkosten in Rostester und wurde dem dadurch erledigten Sachverständigen überreicht.“

„Die dritte betraf die Auslegung eines Vertrages bezüglich

„Die vierte betraf wiederum eine Londoner Angelegenheit, nämlich die Abänderung der Arbeitszeitordnung in den Londoner Werkstätten der beiden Gesellschaften. Der Fall lag scheinbar kompliziert, die Entscheidung hantete aber in unserm Hintergrund.“

„Die fünfte Arie betrifft die Ergebnisse der Studiobüro bei der Anna Müller im Beben. Einmal ist dieses Liedes gegen die Schäden der jungen am Erbe sehr ausnehmend, und es wird dabei bestimmt, dass einzelne Flötentöne aufgenommen werden sollen.“ „Die nächste Arie kam aus Toto. Sie dient hier nur zur Auslegung des zweiten Brückenteiles des Carlo-Berichts, beginnend bei den Zeilen der Flötentöne. Eine Arie hatte das System erkenntlich und nach wenigen Minuten wieder fallen gelassen. Es handelt sich um den Gedank, als ob die Anna das Experiment zum Zweck der Verdrehung der Freude gemacht hätte, und es wird in dieser Zusage festgestellt und ausgesetzt: „Der Carlo-Bericht kommt bei mir, wenn Anna das Flötentönenlebenen einhaben,“ und bei dem kleinen Jungen steht: „Nied.“

"Es fehlt Ihnen nicht an Wissen, Ihr Unterleib ist am Erf-
und gehörten hätten, und wahrum kommt es zu Leidetzen, indem ne
Leidetzen es giebt mehr in Leidetzen. Die Leidetzenheit der
Leidetzenheit kann nur durch die innige Achtung des Kreides
und Fleisches. Es sind daher eine Vielzahl von Künsten
durchaus möglich, welche das alte Lande einer der Leidetzen,
in Formen und Ideen verschiedenste Ausdrücke der Leidetzen. Der

Seit Februar sind jeden zweiten Samstag im Jahr neue und alte Denkmäler der Befreiungskriege gewidmet. Historische Erinnerungen, die lange Zeit verschwunden waren.

fordert hätten, sind auf diesen Konferenzen in wenigen Stunden beigelegt worden, und Tugende von Malen hat der Zentralverband der Unternehmer gegen Unternehmer entschieden und sie gewonnen, den Arbeitern nachzugeben. Meiner der Chefs der gewaltigen Maschinenfabriken fühlt sich an die Strenge gegeissen, wenn er mit den Vertretern der Arbeiter auf gleicher Linie konferieren muss. Es ist noch nicht das gesuchte Land, wo Lamm und Tiger nebeneinander schlafen, aber Arbeiter wie Unternehmer finden sich sicher nicht schlechter dabei, als im heut gelebten Lande des „Zentralarbeiterverbandes“.

Auf Urlaub.

Von H. S. in Mainz.

Es war in der ersten Hälfte des Monat Mai. Der lebendige Frühling hatte endlich seinen Eingang in unser goldenes Mainz gehabt. Alle, die sich's erlaubten tonnen, eilten ins Freie; die Kinderfreuden plätscherten nicht belästigt und die Promenaden, die ihr sommerliches Kleid angelegt hatten, bewölterten sich mit Spazier gängen männlichen und weiblichen Geschlechts. Wollte über dachte der Himmel unsern sagenumwobenen Rheinlanden und freundlich lächelnd blühte die Sonne auf die an den grünen Ufergründen hinabwandelnden bernied. So schmückte genüßlich ironhaftigste dem Stadtparte zu jener berühmten Aleden Mainzer Erde, alwo sich in den jumbewunderten Duft von Millionen Blumen und Blüten die fröhlichen Weisen der südlichen Mittelstädte wälzten. Eine summe betreute Menge hatte sich hier ein Zeltlager gegeben, die Freude der nenerwachsenen Natur in vollen Zügen genießen zu können. Gegenwart getreulich Gummimannen und fabrikierende Schauspieler, Geheim-, Nummerien- und sonstige Räumungen mit ihren heiteren satigen Töchtern, belebte Bädermeierei und neuerlebende Hanswesener, Rentiers und sonstige Ebenbilder Gottes, denen wirre „gottheit Welt erden“ die für viele ihrer Mitmenschen beneidenswerte Rolle zu wies, von „ihrem Heil“ zu leben sowie eine Unzahl pompos aufgerückter und verhönter Bourgeoisien mit ihren diversen Dienstbaren Seiteren, ja sogar einen Stadtvorordneten fand ich bemerkt, der eine um dieselbe Zeit stattfindende Zugung einer Deputation, welcher er angehörte, zu schwänzen schien. Jeder Stand hatte seine Vertreter, nur die Arbeiter fehlten. Doch hatt' War dies sein Arbeiter, jener Mann, der sich's auf einer Plastikant in der hinteren Reihe bequem machte, und, eine Zimmelpfeife im Mund, kleine Rauchwolken in die warme Mainzluft blies? Ja trat hinzu, und da mir vernehmlich ein Plan auf der Baut eingeraumt wurde, waren wir rats im eifriger Gespräch.

„Sie waren wohl erstaunt und befinden sich jetzt auf dem Wege der Genesung?“ fragte ich meinen Nachbar.

„Nein. Ich war weder traurig, noch habe ich Lust, es zu werden. Im Gegenteil. Ich fühle mich mehrheit denn je.“

„So sind Sie wohl arbeitslos?“

„Arbeitslos? Das wäre hart für einen Familienvater,“ antwortete er.

„Entschuldigen Sie, bitte, meine Rengierde, bester Freund, einen Arbeiter des Werths um diese Stunde hier zu treffen, ist eine Seltsamkeit. Nur wenige Arbeitsschäfte pflegen um diese Zeit nach Anlagen aufzufinden und meines sind diese traurig oder arbeitslos. Und da ich doch nicht annehmen kann, dass Sie von Ihrer Hände Arbeit so viel erwarten haben, um jetzt verworfen zu können, so glaubte ich einer dieser Umstände würde auch auf Sie zutreffen. Ich will Ihnen nichts aufdringen.“

„Aber bitte, honest Herr, den Grund meines Hierseins will ich Ihnen gern erklären. Es durfte Ihnen bekannt sein, dass man im vorigen Jahre den städtischen Arbeitern einen abstoßenden Sommerurlaub bewilligte. Das lobt' mir einer dieser Venedigswerten, der zur Zeit seinen Urlaub genoss.“

„Also auf Urlaub! Jetzt ist mir alles erklärt. Ein Arbeiter auf Urlaub ist eben ein feines Ding. Das mög' ja für ein glückliches Gefühl sein, einmal auszuräumen zu können. Richtig?“

„Gewiss! Wir fehlten wirklich die Worte, Ihnen die Lebenslust zu beschreiben, die uns beherbt, wenn wir einmal, sei es auch nur für wenige Tage, der geistigen Arbeit liegen und binaus eilen tonnen in die grünen Wälder und Alleen, um Herz und Gemüt zu erfrischen und den Körper in neuer Arbeit zu stärken. Arctos, Bäder und Sommerfrischen bleiben für uns unbekannte Täden. Dazu fehlen uns die Mittel. Aber festhalten in die Räum' ja überall. So nehme ich dann mit dem Fischer, was uns unsre Umgebung bietet kann und ich muss' genügen. Plaudernd und Begefang haben in mir eine Stimme erweckt, die mir sagt: Red niemals bei du du ob als Mensch gefühlt wie jost.“

Mit sichtbarem Schaden erklärte er mir seine bereits gemachten Ausflüge in die Ilmogegend der Stadt. Es lag etwas Zötzles in seiner Sprache, nun mal sah es ihm an, das er sehr unnahres Wort sprach. Als ich fragte, was wohl den Störer, zu der Einschätzung des so eignesprechenden Urlaubs gegeben habe, da kam seine Geschichte ein etwas ins Stözen. Als ich weiter in ihn drang, da erzählte er mir, dass ich die städtischen Arbeiter von Mainz zu einem Verband vereinigt hätten und dieser Petitionen um Einführung des Urlaubs an die maßgebenden Würkerhaften gerichtet habe.

„Also der Urlaub ist ein Erfolg Ihrer Organisation. Selbstredend sind Sie auch organisiert?“ fragte ich.

„Zu meinem größten Erstaunen kam nach einer Verlegenheitspause ein beständiges „Nein“ über seine Lippen.

Nicht? Man hat Sie wohl noch gar nicht aufgesondert, Ihrem Verband beizutreten?“

„Ich doch! Zehn des östern, aber . . .“ Wieder eine Verlegenheitspause. Als mitleidiger Mensch fand ich meinen Nachbar aus seiner Höflichkeit zu befreien und so fiel ich ihm ins Wort:

„Aber besser Freund, ich meine Ihr bloßer Aufstand müsste Sie bestimmen, der Organisation beizutreten. Wie ist es möglich, eine Wehrtat zu genießen, ohne zu deren Errichtung das gerechte beigetragen zu haben? Das der Verband von Augen ist, verhindre Sie doch jetzt am eignen Leib.“ Und was wird die Organisation noch leisten können, wenn alle die, die von ihrer Tätigkeit preifrieren, ihr beitreten möchten Sie da noch länger zögern? Sprechen nicht alle Vermutsgründe für die Angliedrung und Notwendigkeit der Organisation? Nun, weiter Freund, Sie als Urlauber könnten dies wohl nie mehr in Städte treten. Halten Sie doch Unruhen in der Kanne! Sot nicht jeder Baum, jeder Strand, jeder Grasbalm ein Produkt des organischen Zusammenwirkens verschiedener Kräfte? Genau so ist der Urlaub ein Produkt des organischen Zusammenwirkens dieser im Verband vereinigter Kollegen! Da dürfen Sie nicht mehr länger zögern leben.“

Meine kleine Standpredigt hatte ihren Zweck nicht versiegt. Ich erzählte ihm noch manches aus dem Gewerkschaftsleben, von den Kämpfen und Erfolgen der modernen Arbeiterbewegung. Als ich Abschied nahm, da reichte er mir die Hand und verabschiede ein treues Mitglied der Organisation zu werden und zu bleiben. Ein letzter Gruss und ich wandte mich der Stadt zu. Da der Arme keine Freude und ich vernehm, wie die Münz den deutlichen Turnermarsch intonierte, und wie eine leise Mahnung an den Zähmungen lang es durch Busch und Baum:

„Großes Werk gedeihet . . .“

„Nur durch Eingreifen . . .“

„Ob es wohl Werk halten wird?“

Aus den Staats- und Gemeindebetrieben.

Dresden. Die Lage der Straßenreiniger ist eine wenig erfreuliche, wenn man keinen schwächeren Ausstand gebrauchen will. Nicht nur, dass ihnen ganze 25 Pf. pro Stunde als Anfangsgehalt geboten werden, die Leistungen dafür sind außerordentlich, dazu kommt noch Mehrarbeit für summe oder bearbeitete Stellen, welche Ausfälle nicht gestellt wird. Es kommt vor, dass bei einer solchen vier Mann fehlen, und da müssen sich noch die Mehrer bevernehmen, dass ihre Leistungsfähigkeit nadgetasten hat. Die Stadtgemeinde sollte sich doch endlich beunruhen, was das heißt, bei 25 Pf. Stundentlohn eine Familie zu ernähren. Besicht der Arbeiter Umhälften, so wird diese noch vom Lohn getrennt. Alle Wohnstellen sind doch zwecklos, so bald sie in dieser Weise wieder entzogen werden. So ist es auch mit dem Urlaub, wenn die aus schlechten Beziehungen erhalten, aber für die bearbeiteten besser Beziehungen die Arbeit mit verdienst unüber, wohl eine eignenmäßige Sache. Diese Missstände können nicht gut gemacht werden durch Bezeichnung religiöser Schriften, oder Sammlungen für innere Mission; auch nicht durch Moralpredigten fühl vor dem Ausstehen, oder Verbote des Tragens von Zigaretten oder Zigarettenbüchern im Dienst. Hier kann nur bestreite Verbölung helfen, dann wird man besser Arbeit erhalten. Den Arbeitern sei gefragt: organisiert End!

Wie es den Ausstehen hat, sollen die städtischen Arbeiter in Unzufriedenheit erhalten bleiben. Die tägliche Arbeitszeit soll nach den neuen Arbeitsordnungen zehn Stunden betragen. Den Straßenwärtern und Maunzelwärtern soll diese Wohltat, wie es scheint, vorbehalten bleiben. Diese haben ich dem 1. Mai wieder elf Stunden zu arbeiten, wohlbewusst, weil für Tagetehr erhalten. Das Dienstamt bestimmt wohl, es könnte in den Rüf eines zu hunderten Arbeitgebers gelangen, wenn es, ohne gebeten zu werden, eine Verbesserung einführen sollte. Bei den Dienstbeamten hat man freilich teilweise den neuordnenden Arbeitszeit eingebracht, aber dort gibt es Stundentlohn. Bei drei Jahren habe der Herr Baarath gesagt, die zehnständige Arbeitszeit sei eine sozialdemokratische Veränderung. Das Dienstamt könnte sie nicht einführen, weil die Straßen nicht so lange liegen bleibten könnten. Und jetzt?

Köln a. Rh. Die Löhne der städtischen Straßenreiniger. Die Arbeiter der städtischen Straßenreinigung erhalten, wenn sie neu eingetreten sind, ein ganzes Jahr hindurch einen Tagelohn von 2,75 Pfund. Arbeitstage werden nicht bezahlt. Es ist geradezu eine Zuwunde, das man in einer Stadt mit so hohen Lebensmittel und Kleidungspreisen erwartenden Arbeitern, die indem zum Teil verheiratet und, derartige Löhne bietet. Für die sehr wirtschaftsbefähigte Nachfrage gibt es keinen Preissprung mehr. Also 16,50 Pf. werden verdient, wenn nach Veränderungsbeiträgen abzählen. Fällt aber ein Arbeitstag in die Woche, so gibt es noch 2,75 Pf. weniger. Wir beweisen, dass teur Provinzialschule in Metz unter ähnlichen Verhältnissen so niedrige Löhne zu zahlen wagen würde. Die jährliche

Verwaltung aber, die sich so gerne ihrer sozialen Fürsorge rühmt, genügt sich nicht. Die öffentlichen Betriebe sollen tatsächlich Musterbetriebe sein. Die Betriebe der Stadt Stönn sind größtenteils Musterbetriebe im Sinne der Unternehmer, die von der Stadt die Lohnabreiche lehren können. Hebringen würde ein privater Unternehmer für 2,75 M. Tagelohn höchstens Arbeitnehmer bekommen können. Der Stadt aber laufen namentlich die vom Lande kommenden Arbeiter gerne zu, weil sie der Meinung sind, sie hätten dort sicherer Stellung als anderswo. Und da zudem diese Leute meist keine Abhängigkeit von dem teuren nahegelegenen Pfarrer haben, erscheint ihnen anfangs der angebotene Lohn ausreichend.

Aus den Stadtparlamenten und Verwaltungskollegien.

Berlin Schöneberg. Der Antrag Bäumler und Geissel, betreff Sommerurlaub für die in städtischen Betrieben beschäftigten Arbeiter stand zur Beratung. War über die Aufnahme des Antrages in der Stadtverordnetenversammlung eine getroffene, so hatte der Magistrat scheinbar keine Abfuhr, sondern den gewöhnlich zeitgemäßen Antrage gegenüber zu äußern. Es glänzte bei der ganzen Beratung dieser Sache durch Abwesenheit, nur einige Bauräte waren zugegen. Ob dadurch etwa das Interesse für die Gemeindearbeiter verloren werden sollte? — Eingehend besprachte Venoge Bäumler die einzelnen Punkte des Antrages. Er fuhr daran hin, daß ähnliche Einrichtungen wie die verlangten außer in Berlin in sehr vielen größeren Nachbargemeinden bestehen. Was in vielen Privatbetrieben durchführbar sei, müsse eine Memmme ebenfalls ermöglichen können. Sie seien jedenfalls nicht so erheblich, um davor zurückzustehen, und es liege doch auch im Interesse der Stadt, ihren Angehörigen durch Errichtung des Sommerurlaubes eine Erholung zu gönnen. Außer seinen Vertretern Lübi und Mater sprachen sich noch Feßig, Vortelt, Gortzinger und v. Gordon für den Antrag aus. Als unfehliger Magistratsvertreter zeigte sich wieder einmal, wie immer bei solchen Gelegenheiten, der Stadtrv. v. Rantau. Zuletzt kam es anstreitig, nicht in den Sinn, daß Arbeiter, die jahrelang im Dienste der Gemeinde beschäftigt sind, auch einmal einer Erholungsperiode bedürfen, und noch dazu bei der Zahlung des Lohnes. Das sollte Einrichtungen bereits sogar in Privatbetrieben bestehen, was dem Herren nach einer Aufführung durch Satz etwas ganz Neues. Die Abstimmung ergab schließlich die Mehrheit des Antrages an eine gemischte Deputation (vier Stadtverordnete und drei Magistratsmitglieder) mit der Meinung, den Magistrat in einer Vorlage zu veranlassen, wonach wenigstens in diesem Jahre nach der Bewilligung des Sommerurlaubes erfolgen kann. Wir wollen hoffen, daß dem Magistrat seine Aktionen, die wir ihm zur Erholung ebenfalls gedenken, der Bekanntmachung der Angelegenheit nicht hinderlich sind.

Breslau. Arbeiterfragen vor dem Stadtparlament. (Wegen Raummangel unvollständig.) Aus den im März stattgehabten Gesamtberatungen verleben sich noch folgende Sachträge: Beim Etat der Promenaden-Bewaltung, der viele Bauten des Preußischen Burgenbaus wiedergibt, fand sich unter all den bürgerlichen Vertretern nicht ein einziger, der auch der Arbeiter und Angestellten gedacht hätte. Es blieb dem leider nur einzigen sozialdemokratischen Stadtverordneten Schüß vorbehalten, für sie seine Stimme zu erheben. Er fuhrte aus:

Die nadirige Partei und Provinzen haben sich im vorliegenden Jahre in zwei Positionen auf der Bühne um Gehaltsauslobung an den Magistrat wandt, und über beide Male akkordisch bestimmen werden. Das Gehalt dieser Wacht beträgt 75 M., der Dienst beginnt abends 10 Uhr und endet im Sommer um 5 Uhr, im Winter um 6 Uhr früh. Wenn sie die Wege von und zum Posten im Dienst sieben, und berücksichtigen, daß diese Männer die ganze Nacht auf den Beinen sind, so ist eine gerechtfertigte Gehaltsauslobung kaum zu denken. Herr Stadtrat Dr. Alte hat erklärt, daß die Nachwachtenteile nur als Arbeiter betrachtet werden. Das ist meines Erachtens falsch, vielleicht müssen vom Kanzleramt Präsidenten und Kanzler, haben also Beamtenorganisation, so wird natürlich Vomite Erholungsforderung nicht gestellt; diese steht wohl nur die Bedeutung des Sonnentags aus, nur die letzte Patrouille aber untersteht mir, kann das eigene Seelen an sich haben müssen. Gern kann sie folgen und diese Zeit doch auch ausnutzen, oft genug werden die beiden nach Hause gehen. Der Kanzler ist sicher. So die Stob Präsidenten und Kanzler, ich also im Dienst in einer Nachtwacht, habe einen Untersuchungsauftrag zu führen. Ich kann als Dienstmann, welche im Dienst beschäftigt ist, sonstigen Dienstmannen, welche schon nachts Wohnung und Ruhe haben, am Dienstag abends von 10 bis 12 Uhr und bis 12 Uhr. Ich fordere entlastet es, daß die Preußischen Staatsbeamten diesen Dienst mit einer leichteren Arbeit oder einer anderen Stellung gegenüber und doch gleicherweise dem Dienst in Nachtwacht entzogen, auf ebenso eine recht befriedigende Tätigkeit zugeteilt werden. Und wenn der Präsident eine solche Forderung nicht umzusetzen imstande ist, so bitte ich den Stadtrat, die Befehle, die die Wacht bestimmen, in die Nähe zu legen, in welcher der Präsident steht. Sei auf die Nachtheit und Unzufriedenheit der beiden Dienstleuten einzugehen, welche es sind, die von mir die Meinung des Etats dem Deputirten zu übermitteln. Wie war der Deputirte?

Die betreffenden Beamten müssen sich vorläufig mit dieser Aussage genügen lassen. Ob die Bewilligung ebenso schnell erfolgen wird, als die Zustellung für ihren Chef, den Direktor Nieder, daran werden wir allerdings unsere Zweifel zu begegnen berechtigt sein.

Beim Etat der Gaswerke empfahl der Verchristianer im Zeichnungsbericht die Genehmigung des Etats. Wieder hatte niemand anders Veranlassung, die Leiden der schlecht belohnten Kollegen zu schildern, als der Arbeitervorsteher, der sich dafür die dreieckigen Zwischenfeste der behaglichen Herren von der satten Moral gefallen lassen mußte.

Stadtverordneter Schüß fuhrte aus:

Bei der General-Diskussion über den diesjährigen Etat gestattete ich mir, auf die Arbeitsverhältnisse in den Gaswerken hinzuweisen. Der Herr Überbürgermeister antwortete mir in sehr temperamentvoller Weise. Er fuhrte nach dem Stenogramm folgendes aus:

„Auf die Arbeitsverhältnisse bei den Betriebswerken will ich nicht so zweckmäßig eingehen, ich möchte nur dazu, was Herr Schüß gesagt, bemerken, daß es unrichtig ist, daß die Arbeiter 365 Tage in der Woche arbeiten müssen; ich habe das im übrigen aber nicht im einzelnen gegenwärtig.“

Herr Stadtrat Witz aber bestätigte im allgemeinen meine Darstellung als richtig, wenn die Arbeitsszeit in Betracht kommt. Er wies darauf hin, daß es in den Gaswerken ähnlich wie in den Güterbahnhöfen, wo ununterbrochener Betrieb aufrecht erhalten werden muß, ausgehe. Der Herr Stadtrat behauptete im Gegensaß zu meinen Ausführungen, daß die Gewerkschaftsarbeiter keine Urlaube hätten, sich über längere Zeit zu beglagen. Er sagte nach dem Stenogramm wörtlich folgendes:

„Aber gerade die Eisenbahn-Arbeiter haben keine Veranlassung, sich über schwere Arbeit zu beklagen. Das Laden der Reiseposten dauert ungefähr eine Stunde, dann haben die Arbeiter 2-2½ Stunden nichts zu tun, effektiv arbeiten sie also von 4 Stunden nur 1-1½ Stunden, so daß von 12 Stunden Arbeitszeit ungefähr 4 Stunden eingespart werden. Die übrige Zeit haben die Arbeiter Ruhe und können sich erholen; es ist also nicht so schlimm, wie das geschildert wird.“

Würden diese Ausführungen zutreffen, so hätte ich allerdings eine den wirtschaftlichen Verhältnissen widerstprechende Darstellung gegeben. Ich muß allerdings meine Ausführungen vom 22. v. Mz. fortsetzen, insfern, als es nicht richtig ist, daß die Arbeiter an 365 Tagen im Jahre arbeiten. Zu abwechselnde Schichten eingeführt sind, müssen die Arbeiter auch nachts arbeiten. Täglieke aber ist, daß die Eisenbahn-Arbeiter 365 Täglich im Jahre arbeiten müssen. Ob das nun durchgehend 12stündige oder abwechselnd 24stündige Schichten sind, ist im Effekt nämlich gleichgültig. Es fahren im Jahre 365 zwölfständige Schichten heraus.

Diejenigen Arbeiter, welche Tagdienst haben, arbeiten von früh 6 Uhr bis abends 6 Uhr, das geht von Montag bis Sonnabend durch. Am Sonntag früh 6 Uhr beginnt die Nachtdienstschicht, diese dauert bis Montag früh 6 Uhr. Nach dieser 24ständigen Schicht haben die Arbeiter nur eine 12ständige Ruhepause, da am Abend 6 Uhr die Nachtdienstschicht angetreten werden muß. Diese wird aber noch verkürzt durch den Weg zur Wohnung und zum Werk, dazu kommt, daß die Arbeiter meistens schon eine halbe Stunde vor Schichtwechsel an der Arbeitsschicht sind. Diese Ruhepause ist eine ungerechte. Nach Abschluß der zweiten Wache haben diese Arbeiter eine 24ständige Ruhepause, also einen sogenannten „freien Tag“. Ob ein allerdings der Meinung, daß hier im mindesten 36 Stunden gehören.

Wie steht es denn nun mit der vom Herrn Stadtrat Witz geforderten Arbeitsteilung. Ich verlange nicht, daß der Herr Überbürgermeister über die freien Arbeitsverhältnisse in den einzelnen Betrieben unterrichtet ist, aber an den Herrn Deputirten kann ich diese Anerkennung ausspielen. Wie der Herr Stadtrat sagen kommt, aber gerade die Eisenbahn-Arbeiter haben keine Veranlassung, sich über schwere Arbeit zu beklagen, ist mir unzweckmäßig. Es gibt ferner eine schwere Arbeit als die. Die effektive Arbeitzeit beträgt nicht, wie bekannt wurde, 12 Stunden, sondern ist nahezu doppelt so hoch, jedoch unter der Bedingung, daß die Arbeiter arbeitsfrei sind und das Überarbeiten stellt und ohne Hindernisse vorstatten geht. Da dies nicht der Fall ist, so dauert diese Arbeit länger, und die Pausen sind entsprechend langer. Diese Pausen in nur von Männern, deren Anteil und die Arbeiterinnen müssen, schädigend werden. Gern würdet ihr zustimmen, wenn ich im nächsten einzige Stunden zur Ruhe fiele. Die Anforderungen, welche dort an die Vermögensstärke der Arbeiter erfordert werden, und so auch, daß kein Mensch und wäre es der krankste, die Arbeit mehr als 12 Stunden untergebracht in keinen ununterbrochenen Arbeitstag habe. Meine Herren, die meisten von Ihnen haben, wie es in einem Eisenbahn-woche eine Zahl zum ersten! Und natürlich das Vakuum der Arbeiter besteht eine Lücke in ihrer Zeit. Die Arbeiter sind im Rahmen Größe des Hauses anzusehen, welche Durchschnitt, wann in Diensten sind, den Hof auffüllen, mit Wachdiensten zu beladen oder so ähnlich. Wir haben von einem Beamten gehört, daß Eisenbahnarbeiter in einer verdeckten aufzuradeln. Die Arbeiter müssen den letzten Zuhörer freien bezeichnen.“

„Ich habe mich an Etat und Stob von der Nachfrage darüber mitgeteilt, welche Arbeitstage im Dienst sind. Eine bestimmte Zahl kann ich mir nicht mehr erinnern, in den Gaswerken bestehen Arbeitstage, die erlaubt, daß meine Darstellungen den tatsächlichen entsprechen.“

Einige Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung haben an dieser Zusammenkunft teilgenommen und dort aus dem Munde von Arbeitern das bestätigt bekommen, was ich ausgeführt habe.

Wie gefährlich die Arbeit in den Lisenhäusern ist, ersehen Sie am besten aus dem Jahresbericht der Betriebsrententafeln der Gas- und Wasserwerke sowie der Elektroindustriewerte für 1902.

Auf 1138 Mitglieder kommen 1373 Erkrankungen, von denen 558 mit 14 410 Straftheitslagen mit Erwerbsunfähigkeit verbunden waren.

Zehen wir uns die Art der Erkrankungen an, so finden wir unter anderem:

101 rheumatische Leiden, 92 Verlebungen, 81 Lungenerkrankungen, 67 Lufttröhrenerkrankungen, 46 Influenza, 62 Magenleiden, 13 Nervenleiden, 13 Hauterkrankheiten, 6 Herzkrankheiten, 63 verschiedene Krankheiten.

Aus dieser Statistik ersehen Sie, daß die große Mehrzahl der Erkrankungen schwerer Natur ist, und zurückzuführen auf die föderale anstrengende Tätigkeit. Die Löhne, die für diese Arbeit gezahlt werden, sind sehr niedrig, der Aufgangslohn beträgt 2,50 Pf. und soll von Jahr zu Jahr um 10 Pf. pro Tag steigen, bis zum Höchstlohn von 4 Pf. Es sind Arbeiter schon seit 24 Jahren im Betriebe, haben aber den Höchstlohn noch nicht erreicht.

Von einem Mitgliede der Betriebsdeputation wurde mir gesagt, daß bei eingedrängter Produktion eine Anzahl Lisenarbeiter mit Arbeiten im Hofe, also mit verhältnismäßig leichten Berrichtungen beschäftigt werden, aber den bisherigen Lohn weiter beziehen. Das entspricht nicht den Tatsachen. Die im Hofe beschäftigten Arbeiter erhalten einen geringeren Lohn. Ebenso diejenigen, welche die schwere Arbeit im Kesselhaus nicht mehr zu leisten imstande sind. Zum Dente dafür, daß diese Arbeiter ihre beiden Kräfte geopfert haben, werden sie nicht entlassen, müssen sich aber mit einem geringeren Lohn zufrieden geben.

In früheren Jahren wurde den Lisenhaus-Arbeitern, sofern die Temperatur 25 Grad Celsius erreicht hatte, ein Brügeld von 20 Pf. pro Tag gewährt, dies ist ohne Angabe von Gründen im Berfall gekommen. Am Kaiser's Geburtstag wurden den Gasanstaltarbeiter früher für zwei Stunden, während die Arbeiter in den übrigen Betrieben frei haben, je 50 Pf. vergütet; auch diese Entschädigung in dieses Jahr in Berfall gekommen. Einigen Arbeitern, die vorzeitig wurden und um die nachträgliche Zahlung dieses Betrages ersuchten, wurde mit Entlassung gedroht. Ich bitte um Auskunft, aus welchen Gründen sowohl das Brügeld als auch die Entschädigung am Kaiser's Geburtstag nicht mehr gezahlt werden.

Aber nicht nur die Lisenhausarbeiter sind schlecht gestellt, auch andere Arbeiter haben U. habe zur Miete.

Die Kessellarbeiter, die hauptsächlich bei den Kesselläufen beschäftigt sind, und nur im Bedarfsfall in den Kesseln arbeiten, erhalten einen Aufgangslohn von 26 Pf. pro Stunde, steigend pro Jahr und Stunde um 1 Pf. bis zur Höhe von 30 Pf.

Die Überstunden oder Sonntagsarbeit wird keinerlei Zuschlag gezahlt. Diese Arbeiter sind periodisch darüber für Schäden, die infolge mancherlei Arbeit entstehen. Noch nicht genug damit, außer den Gewindebohrern müssen dieselben mit ihrem eigenen Werkzeug arbeiten, also Neuanfertigungen und Zustandshaltung derselben auf eigene Kosten vornehmen.

An der Hand eines Haushaltungsbudgets will ich Ihnen die unzulänglichen Löhne nachweisen. Das Budget ist von einem Gasanstaltarbeiter, der seit langen Jahren dort beschäftigt ist, aufgestellt. Die Familie besteht aus Mann, Frau und 2 Kindern.¹⁾ Der Verdienst dieses Mannes beträgt 18,36 Pf., die Ausgabe 19,25 Pf., also ein Defizit von 89 Pf. pro Woche. Um dieses auszugleichen, muß die Frau mitarbeiten oder es wird gerumpft. Zehen wir uns das Budget an, es ist miserabel, nicht einmal für Kleidung oder Organisation des Hausesreins in ein Pott eingestellt. (Stadt. Sievert ruft: Schnaps!) Für Schnaps ist auch nichts darin enthalten, Herr Sievert, Sievert, der Mann reicht zufällig keinen! (Heiterkeit.)

Zieht Mann fälschlich in der Woche zwei Pfund Fleisch, müßte aber nach einem nicht von Sozialdemokratien, sondern vom Reichsgefechtsamt herausgegebenen Gesundheitsbudget für ihn um seine Familie 6^{1/2} Pfund Fleisch konsumieren. (Laden bei den Konservativen.)

Zob unter diesen Verhältnissen das Errichten der Arbeiter nach höheren Löhnen und besserer Lebenshaltung bezüglich ist, bedarf keiner weiteren Beweisführung.

Was fand aber der Herr Oberbürgermeister am 22. Februar?

„Es ist mir sehr schwer, gemeinsam unsern Arbeitern gegenüber eine ruhige und dauernd rechtliche Richtung einzurichten. Die Konservativen, die unter Führung der sozialdemokratischen Konservativen, die weiter an die Versammlung kommen und die Stadt, die in dieser Versammlung geführt wird, erfordern es ungemein, irgend eine Kasse in dem Sinne, wie ich persönlich momentan möchte, zu entrichten.“

Einige Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung haben hierfür an der ersten Versammlung der hauptsächlichen Arbeiter teilgenommen und sich überzeugt, daß der Zen, der dort her ist, ein angemessener ist.

¹⁾ Siehe Spalte 265, 6 unserer Zeitschrift.

Freilich ist solche Versammlung kein ästhetischer Teezirkel, die Arbeiter haben keine akademische Bildung genommen und sind nicht in der Lage, in formgewandter Rede ihre Lage zu schildern. Denfalls haben die versammelten Arbeiter den Vorwurf, sie läichen sich von einem sozialdemokratischen Agitator an der Kette ziehen, mit Einsiedlerheit zu angewiesen. Da einer einstimmig angenommenen Resolution befindet sich folgender Punkt:

„Die Versammelten erklären, daß die an Magistrat und Stadtverordneten gewandte Petition von ihnen jämlich in städtischen Betrieben beschäftigten — Betriebsräten verfaßt ist. Sie bemerken weiter, daß die darin geschilderten Verhältnisse der Arbeit entsprechen und eugen deshalb die hauptsächlichen Vörderer der Gewerkschaften in der Petition geteilten Wünschen.“

Der Herr Oberbürgermeister vertreibt vollständig die wirtschaftlichen Verhältnisse, sonst hätte er bei der Generaldissertation nicht sagen können:

„Es ist unlogisch, daß man z. B. sehr wünschte, eine Vertretung der Arbeiter insgesamt uns gegenüber zu haben, wenn man annimmt könnte, daß es die Arbeiter selbst wären, die sich vertreten. Da hätten wir keine Bedenken. Wenn man aber anzunehmen muß — und man muß es annehmen, — daß es nicht die Arbeiter der Gasanstalt sind, denen wir uns gegenüber befinden, sondern daß es ein in Hamburg wohnender Agitator ist, der sie an der Kette zieht, und wenn dieser Blaue sich verbreitet — und er ist doch beständig — dann wird es unendlich schwerer, in dieser Beziehung einen Schritt vorwärts zu tun.“ Sehr richtig bei den Konservativen.

Meine Herren! Das heißt doch Bespenster seien! Sooffen Sie die von den hauptsächlichen Arbeitern geforderten Arbeiter-Auszüge und Sie haben die gewünschte Vertretung!

Zu einer ganzen Reihe deutscher Städte besteht diese Einrichtung und hat sich gut bewährt.

Es ist ebenso falsch, wenn behauptet wird, die Gegenfäuse würden offiziell gehabt, und es betreibe die Abteilung, die hauptsächlichen Arbeiter sämtlich in die Organisation zu bringen, um dann bei passender Gelegenheit mit einem Streik vorzugehen. Das erürert mich richtig, das wäre falsch. Je besser organisiert die Arbeiter sind, je weniger wird es zu Streiks kommen. Die Organisation wird immer zu vermittelnden Streiks und Streiks nach Möglichkeit abwenden und Konflikte werden bei beiderseitigem guten Willen ja fast ganz vermieden lassen. Es ist mir gar nicht eingefallen, die Gattungen des Magistrats irgendwie zu übersteuern. Es wird sich aber nicht vermeiden lassen, daß ja unter den hauptsächlichen Arbeitern auch Sozialdemokratien befinden. Der will der Magistrat diesen die Gewinnung verhindern? Daß ein hauptsächlicher Arbeiter sagt, er sei Sozialdemokrat, will der Herr Oberbürgermeister nicht haben.

Die Petition, die die Minderheit dieser Versammlung vertritt, impfert Herrn Dr. Bender auch nicht, folglich bleibt nur die vom Herrn Oberbürgermeister vertretene Richtung übrig. Diese impfert mir und vielen anderen aber auch nicht.

Eine Übereinkunft über die Frage, welche politische Partei die beste, die ideale ist, werden wir nie erzielen, es ist daher das einzige Richtige, jedem einzelnen die Entscheidung, welcher Partei er sich anzuheften will, selbst zu überlassen.

Der Herr Oberbürgermeister fragt mich, ob ich die jetzt beliebte Art der Vertretung der Interessen der hauptsächlichen Arbeiter als vorteilhaft für diese halte. Ich kann nur mit Ja antworten. Daß diese Art der Vertretung die richtige ist, dafür habe ich Beweise in Händen. Daß den letzten Wahlen sind den Arbeitern der vertriebenen Partei alle nur möglichen Versprechungen gemacht worden, und überall wurde bestakt, diese zu veranlassen, aus dem Verbande auszutreten.

Bei einer ganzen Anzahl von Beamten ist diese plötzliche Arbeitskampfmittelsetzung geradezu außofällig, nach den Erfahrungen hat man allerdings nicht nötig lernen zu suchen, diese liegen auf der Hand.

Ich erürert den Magistrat, die Wände und Änderungen der Arbeit zu räumen und zu beruhigen. Zitat: Sie die gewünschten Arbeitnehmer Ausübung, die weder Arbeit und Ruhe vertrüden und erfüllen Sie die berechneten Änderungen der Arbeitnehmer!

Zum Ende kam die Debatte in Abschluß. Der Kammerrat führte sich veranlaßt, den Oberbürgermeister in Zitat zu nehmen gegen die „verfehlten Angriffe“, die Zitat angeblich verfehlte habe und dass in Absehung des Konservativen, was auf Zitat, Zitat trüffend erwiderte, daß er diese Vorwürfe gegen einen Rat der Konservativen hat, da man ihm nicht das Werk nicht geben würde. Stadt. Konservativen kein Name mehr unter. Herr Zitat zu befähigen, daß die Konservativen und der Rat der Konservativen in der Freiheit-Gesamtkommission im Rathaus eine durchaus würdige und angemessene gewesen sei:

Man habe dort in Ruhe und Zufriedenheit die Verhandlungen eröffnet und es sei ganz falsch, diese hinweg abzutun. Es ist die Verhandlung im einzelnen bestätigt, wenn sie nicht wahr. Denfalls sollte und darf man den Arbeitern die Rechte nicht verbieten, denn wer z. B. die Besitz-Verhandlung interessant habe, der habe sie hat nicht der Anerkennung des Konservativen Konservativen keinen. Die Anerkennung der Arbeitnehmer-Ausübung sei so ehemalig nie gerechtfertigt, und man sollte nicht länger zögern, sie einzugehen.

Was sagt nun der Decretum der Betriebsarbeiter zu den schweren ~~Frage~~ Sorgen, die Schüß vorgetragen hatte? Herr Stadtbaurat Wirth stand sich in einer peinlichen Situation. Er konnte nicht beitreten, er war aber auch nicht zugeben, denn das ist gar zu gefährlich. Der Herr Oberbürgermeister und andere Beamten würden es sehr übel empfunden, wenn er die Sorgen eines Sozialdemokraten rücksichtlos als berechtigt anerkannten würde.

Er erklärte nur, daß er sich früher insofern geirrt habe, als die Arbeitszeit bei den Gewerkschaftsarbeitern etwas mehr (1) als vier Stunden bei wölfstündiger Schicht betrage. Es sei immer in vier Stunden ein Entgelt nötig, was dann nicht eine, sondern zwei Stunden betrage. Insofern habe Stadtw. Schüß recht. Aber dann blieben immer noch zwei Stunden Zeit zur Ruhe oder Erholung, die nicht als Arbeitszeit gelten könne. (Sedes, auch jedes Bürgerliche würde diese Zeit als Arbeitszeit anrechnen, Herr Stadtbaurat Red.) Am übrigen sei diese Arbeitsdauer durchaus nicht ungerecht. Wenn Stadtw. Schüß Sorgen vorbringe, müsse er auch sie den.

Arbeitern gebotene Wohlstätten

zu erwähnen. Es sei z. B. eingeführt, daß den Gasarbeitern in Erstaufnahmefällen der volle Arbeitselohn auf die Dauer von 13 Wochen, höchstens bis zu 26 Wochen gewährt würde. Zeit der Einführung dieser Vereinbarung allerdings hätten die Erstaufnahmefälle bedeutend zunehmen. (Was so viel heißt, als ob die Arbeiter dämmiger und zärruhiger sind Red.) Das übrigens sei bestätigt, für ein Gaswerk probeweise Entladungsmäßigkeiten anzuschaffen, und wenn diese zu bewältigen, dann sollten sie auch in den anderen Anstalten einzuführen werden und dadurch hoffe man die Möglichkeiten der Achtundzwanzigstundige zu erzielen. (Also doch ein Erfolg der Artell!) Das übriggebliebene entzogen werden, weil je Gebäude Masssee oder je was geliefert bekommen!

Die Ausführungen des Herrn Stadtbaurat Wirth atmeten einen Haß, der sehr bezeichnend ist. Wenn ihm vorgerechnet ist, daß die Arbeiter ganz enorme Arbeitszeiten und ganz besonders niedrige Löhne haben und dann beider Umstände die Erstaufnahmen ständig zunehmen, dann kann die Arbeiter nur Unzufriedenheit hervorrufen, weil sie keinen vollen Arbeitselohn erhalten. Dabei allerdings können sie Kostumer füllen und zum Trotze Punkt Reden aufdringen!

Nachdem Stadtw. Heilberg sich ausführungen des Herrn Stadtbaurat anhört und angehört, fühlte sich der Altersrat tonverbürgungssuchende Stadtverordnete Schütze zu einer freiwilligen Verhandlungsrunde über diese Spurhinde veranlaßt.

Er führte aus, die Sorgen, die Stadtverordnete Schüß vorgetragen, gingen nicht nur den Magistrat, sondern auch die Stadtverordneten Besinnung, überbaute die städtischen Behörden, an. (Zehr richtig Red.) Ziemlich müßte hervorgehoben werden, daß die Stadt nach allen Richtungen für ihre Arbeiter mehr sorge, als vielleicht andere Städte und es sei bedauerlich, daß immer dieser Vorwurf gemacht werde. Die Unzufriedenheit der Arbeiter kommt nicht aus diesen selbst heraus, sondern wird hineingetragen. Man muß sich in die Arbeiter einfügen, die sogenannte Organisation hineinzunehmen, damit die Arbeiter auch auf den kleinen Arbeitern Einsicht gewinnen können. Die Organisation sollte nicht dem Frieden, sondern dem Unfrieden dienen.

Das also ist der konserватiv liberale Arbeiterfreundlichkeit einer Schüß! Es ist für die städtischen Arbeiter so viel gesättigt, daß ihr feindlicher Weidewerden mehr haben dürfen! Diese freundliche Weisheit eines herzragenden Führers der "Freien Vereinigung" läßt sich die städtischen Arbeiter so zu Herzen nehmen, daß sie bei den Stadtverordneten Wahlen im Herbst noch daran denken.

Die gleiche Aneignung gegen die Tiefbauarbeiter Arbeiterfragen möchte sich beim Rat der Waisenwerke bemerkbar. Wieder war es der Sozialdemokrat, der als einziger Redner die Arbeiterfrage erfaßte. Stadtw. Schüß führte aus:

Auch für das Waisenwerk trifft es manches, was ich bei dem Rat der Waisenwerke ausgeführt habe, zu. Eine ganze Anzahl von Arbeitern haben eine wochenlange Arbeitszeit von 84 Stunden. Das kommt, das keine geregelte, nach dem Dienstalter steigende Gehaltsabstufung ist.

Ein Waisenbeamter hat nach fünfjähriger Dienstzeit 37 Pf. Stundentlohn, während zwei andere mit siebenjähriger bez. vierundzwanzig jähriger Dienstzeit 40 Pf. Stundentlohn bekommen. Ein Amtsdiener bekommt nach sieben Dienstjahren 29 Pf. Stundentlohn, ein Pfleiderbeamter hat nach fünfundzwanzigjähriger Dienstzeit denselben Lohn. Ich sehe noch eine einzahl selber in die Augen, die angenden Unterschiede anführen.

Zur eine einzahl Arbeiter ist an vier Dozen in der Woche die Dienstzeit von 10 auf 11 Stunden verlängert werden. Die Arbeiter, das denkt die Arbeitshunden verhindern werden. Sie werden mit 10 Pf. Stundentag bezahlt. Wühlm und die Arbeiter geklärt.

Die Fleischarbeiter haben einen Aufenthaltslohn von 20 Pf.; im Durchschnitt kommen diese auf wenig über 30 Pf. pro Stunde. Diese Bezeichnung ist, wenn man die Zahlen der Arbeit in Betracht sieht, falsch. Diese Arbeiter sind dem Wind und Wetter ausgesetzt und müssen im Schmaus und Wärme ihre Arbeit verrichten.

Waisenbeamte bekommen ebenfalls geliefert, es wird aber gestagt, daß die geleisteten Dienste meistens nicht waischlich sind, und verhindern dieser Leute, die ihre Gehaltsz. nicht automatisch erhöhen

wollen, haben sich eigene Wasserschädel angeschafft. Eine außerordentliche Belastung des Haushaltsetats, wenn Sie in Betracht ziehen, daß ein Paar solcher Schädel gegen 10 Mark kostet. Beschwerde wird geführt über das Zustreben. Ein Arbeiter, der seinen Geburtstag hatte, ließ, um sich seinen Kollegen gegenüber extremlich zu zeigen, Schnaps holen. Der Vater wurde von einem Beamten erwischt, dieser nahm die Gläser an sich und zertrümmerte diese.

Aber nicht genug damit. Wegen dieser Affäre wurden zwei Arbeiter je 8 Tage und ein Arbeiter 3 Tage von der Arbeit ausgewiesen, demjenigen, der den Schnaps holen ließ, wurde sogar sein bisheriger Stundentlohn um einen Pfennig gekürzt. Das bin weit entfernt, dem Schnapsgenuss besonders das Wort zu reden, solche Beleidigung halte ich aber für rigoros. Auch hier bitte ich, an eine Regelung der Lohnverhältnisse zu denken.

Mein Wort der Erwidering folgt. Anstandslos wurde der Rat bewilligt, ohne daß man die Arbeiterschwäche berücksichtigt hätte. Tatsächlich wurde das Gehalt des Direktors debattlos erhöht. Dazu lang die Zeit, und das Interesse des Stadtwäters. Am übrigen drängt die Zeit, die Herren mühten sich über Zweck und Nutzen der Jagd unterhalten.

Ein bezeichnendes Bild von der Arbeiterfreundlichkeit der Stadtvorstellung.

Karlsruhe (Waden). Auch ein Beitrag zur Koalitionswahlfrage. Bei der Vertrag des Vorantrages des städtischen Gaswerks am 26. März d. J. fanden durch den Stadtvorstand Willi die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Gasarbeiter wie folgt die Sprache:

Wenn man die Bewilligung des Gaswerks lediglich nach der Höhe des erzielten Arbeitsschusses beurteilen wollte, so müsse man ihre Anerkennung aussprechen. In einem Betrieb, der für die Stadt eine so gute Einnahmequelle sei, sollte man aber auch darauf sehen, daß die Arbeiter einen ausreichenden Lohn erhalten und daß die Arbeitszeit auf ein erträgliches Maß reduziert werde. Die Löhne der städtischen Arbeiter seien überhaupt durchwegs einer Erhöhung bedürftig. Der Herr Oberbürgermeister habe in diesen Tagen davon gesprochen, daß es darauf ankomme, daß die Arbeiter einen Lohn erhalten, um ihres Verpflichtungen gegen Staat und Gemeinde nachkommen zu können, nicht daß die Arbeiter alles umsonst von der Gemeinde verlangen. Selbst sei der Mann. Wenn man aber diesem Grundsatz huldige, müsse man dem Arbeiter so viel Elternbegrenzung lassen, daß er sich bessere Arbeitsbedingungen eringen kann, dann dürfe man ihm nicht, wie das hier geschieht, das Koalitionsrecht nehmen. Redner verteidigt entschieden das Recht der städtischen Arbeiter, sich zu organisieren, und verurteilt scharf das Vorgehen der Stadtvorstellung. Auch kritisierte Herr Willi das rigorose Vorgehen bei Arbeitserlaufungen. Auch kritisierte Herr Willi das rigorose Vorgehen bei Arbeitserlaufungen. So sei ein Bedeutungsdienst entlassen werden, weil es sich herausstellte, daß er vor 16 Jahren wegen Diebstahls beschäftigt worden war.

Oberbürgermeister Schnebly: Die Stadt müßte darauf hinhalten, daß ihre Beamten wie auch ihre Arbeitnehmer, die eine beamtähnliche Tätigkeit einnahmen, ehrenhalber Leute seien.

Was das angebliche Koalitionsrecht betrifft, so halte es der Stadtrat für unheimlichwert, daß die städtischen Arbeiter sich zu Personen zusammenlösen. Wenn dagegen städtische Arbeiter und Beamte sich als solche zu Organisationen irgend welcher politischer Parteien zusammenzuschließen wollten, so würde ihnen der Stadtrat das mit Reden untersagen.

Von einem Wunsch der städtischen Arbeiter, sich dem Gewerkschaftsverein anzuschließen, ist dem Redner nichts bekannt, im Gegenteil in ihm geagt worden, die Arbeiter wären der Meinung, daß sie dabei nur Erier zu bringen hätten, ohne entsprechende Leistung zu erhalten.

Stadtw. Edelmann: Ich hält den gegenwärtigen Augenblick nicht für geeignet für eine Auflösung der städtischen Arbeiter, da diese fallen zu zeitraubig besser bezahlt seien, als in Privatbetrieben. Auch die Arbeitszeit im Gaswerk sei nicht übertrieben lang, wenn man die großen Zwischenpausen berücksichtige. Die städtischen Arbeiter seien daher auch mit gutem Grund zufrieden mit ihrer Lage.

Stadtw. Willi: Ich will niemanden gegen seinen Willen glücklich machen, doch die städtischen Arbeiter füßen zu ihm, da sie mit zufrieden sind.

Der Stadtrat habe ein indirektes Koalitionsrecht erlaubt, die Arbeiter wollen keinen politischen Verein, sondern eine gewerkschaftliche Organisation gründen und dieses Recht darf man ihnen nicht verkaufen. Redner verteidigt jedoch die Gewerkschaften und teilt mit, es seien ihm Angaben über mangelhafte Betriebsverhältnisse in städtischen Betrieben laut geworden, weshalb er anfragt, wer über die Zahlen zu reden habe.

Oberbürgermeister Schnebly: eindeutig, daß auch die städtischen Arbeitnehmer der Arbeitsgemeinschaft unterstellt seien, daß es im übrigen aber auch Wahrheit der städtischen Arbeitnehmer sei, darüber zu warnen, daß die Erwartungen zum Schaden der Arbeiter und zur Verbesserung von Wissenschatzen der Arbeitnehmer entgegenstehen. Die städtischen Arbeiter sind modernen Arbeitserfordernissen entsprechend. Die städtischen Arbeiter sind modernen Arbeitserfordernissen entsprechend. Sie sei es daher am zweckmäßigsten, sich in ähnlichen Organisationen, wie die heidischen Beamten, zu vereinen. Redner in der Meinung, daß der Unterschied zwischen Beamten und Arbeitern fortwährt. Die Auffassungen, ich schaffe innerlich unverändert

sei und daß den Arbeitern in absehbarer Zeit die Rechte der Beamten in vollem Umfange verliehen werden müßten.

Stadiv. Mölb hätte die Bebauung seines Kollegen Willi, daß ein Rauminspektor vorliege, aufgezahlt. Die Gewerkschaften seien leistungsfähige Verbände, die intuitiv und erzieherisch waren, die bauübigen Eisenbahndienstmitglieder mit Beaumengenheit hätten keinen Zustand, seitens ihrer vorgelegten Behörde gehabt, als sie sich den Gewerkschaften angeschlossen. Die häufigsten Arbeitsausfälle hätten Medner in zweitlos, weil die Mitglieder der Dienstleiter infolge Verhinderung der erwartenden Radreise nicht den Plan bejagen, Beschwerden vorzubringen.

Stadt. Pod ist Freund einer Fürsorge für die wirtschaftlich schwachen Elemente, er warnt aber davor, in dieser Beziehung zu weit zu gehen. Christiania habe dies getan, indem es die Arbeiter am besten bezahlte, das Wohlstandsgeld aufhielt, die Löhne frei gab, unbemittelten Kindern Kleider und Essen stellte u. a. mehr. Pod habe als Abgeordneter einer Fazit 11 Proz. des Einkommens von mindesten 1000 Kr. zu zahlen, der Arbeitern seien zugrunde gegangen, die Banken, welche ihr Kapital in diesen Betrieben anlegten, liquidierten, die Arbeiter tausend nun bestreitungslos untern und hätten die Nachteile von der für sie empfohlenen Fürsorge.

Stadtrat Dr. Weiß hält den vom Stadtrv. Holz gegen den Stadtrat erhobenen Vorwurf für unbegründet. Sie würdige die Arbeiterschaft durch keine sozialdemokratische Organisation seien. Die Sozialdemokraten, welche wissen, daß für die niedrigen Arbeiter gefordert werde, wollen Unzufriedenheit in die Arbeiterschaft hineinragen; die Bekämpfung Holzs, die von der Sozialdemokratie geleiteten Gewerkschaften seien keine politischen Vereine, welche er als unrichtig ansieht. Hand in Hand mit der wirtschaftlichen Tätigkeit gebe die politische Aktion, dies beweise schon der Humanz, daß nur Führer der sozialdemokratischen Partei an der Spitze dieser Gewerkschaften stehen. Ein tüchtig sei einem Mitgliede des dem Gewerkschaftsbüro angeschlossenen Bündner Arbeitvereins, der jetzt bei den bissigen Gewerkschaftswahlen auf die nationalsozialdemokratische Linie seien treib, der Auszubildung aus der Gewerkschaft angedreht worden, falls er keine Mandatsträger nicht zu sein schebe. Deshalb tonne auch nicht geduldet werden, daß die niedrigen Arbeiter diesen Gewerkschaften bzw. dem bissigen Gewerkschaftsbüro anhören.

Ernemann Dr. Goldschmidt i. Jüdenburg hat den Verteidiger an. Die Haltung des Stadtrats sei einigermästtel, die in Krage kommenden Gewerkschaften seien die Pointe nicht nur, wie von seinem Verteidiger behauptet wurde, im Nebenamt, sondern im Hauptamt. Bei Unwillen der Stadtverw. sollte und willt gegen den Rat des Stadtrats an die Arbeitnehmer, sobald in einem Verein zusammenzutreffen, sei deshalb ja gleich, weil die Mehrzahl der hauptberuflichen Arbeiter keine Abhänger der Sozialdemokratie sind. Medina kommt sodann im Anhören hieran auf das Proportionalwahlrecht zu sprechen, das die Sozialdemokratie da, wo es ihr nicht paßt, wie z. B. bei den Gewerbege richtswahlen in Pfalzwecken, ablehne.

Stadts. Will i weit gegenüber der Behauptung des Stadtrate Dr. Weil darauf hin, daß von einem sozialdemokratischen Wahlverband bei den Gemeinbeauftragten nicht die Rede sein könne, den Wahlbericht ist ja von den personen nach dem Gesetz vom 20. Februar 1919

der Wahlvorbereitung bei den vereinigten Gemeindeschaften ausgelaufen. Die Städte, Billi und Mölb weisen die Unzertitigkeit der Abstimmungen des Herrn Goldmann bezüglich der Proportionalwahl nach. Um Gleichheit feien es gerade die Sozialdemokraten gewollt, welche für die eingetragene Einräumung des Proportionalwahlsystems bei den Gewerbevereinsabstimmungen eingesetzt seien. Da Kärtner habe seiner Zeit die Sozialdemokraten am Gewerbegegner in den Prozeß geführt, während die Sozialdemokraten daran waren.

Erbitzigermeister Zander erriet meint, der Stadtrat habe noch gar keinen Antrag gehabt, den nadürlichen Abreitern zu verhüten, denn Gemeinfahrläste sind ausdrücklich in, da ein durchgehender Antrag noch nicht gestellt worden sei. Der Stadtrat sei in dieser Sache lediglich vorsichtig vorgegangen, er habe den nadürlichen Abreitern empfohlen, mit im Be- einen zusammenzutreten, und habe ihnen befiehlt, solche Getreie zu mäzenmüssen. Nach dieses Verfahren, in welches sich der Stadtrat mit großer Freude, für den Interesse der nadürlichen Abreiter und der Erhaltung fränkischer Viehherden, einzuführen bestrebt und der Gemeindebevölkerung jedermann aufzuklären gesucht.

geführt werde, sei die Lage der Arbeiter schon erheblich gebessert. Außerdem wolle man nach freier mehrjähriger Arbeit Alterszulagen gewähren, und zwar:

nach 2jähriger Dienstzeit	.	.	.	20 Mfl.
" 3 "	"	"	"	30 "
" 4 "	"	"	"	40 "
" 5- u. mehrjährl. "	"	"	"	50 "

Die Auszahlung sollte alle Rentenjahre erfolgen und werde manchem eine Sorge abnehmen. Ein Unterschied zwischen gering und hoch befördertem Arbeiter sollte nicht gemacht werden. Es handle sich um etwa 1000 handelsmäßige Arbeiter und bei dem jetzigen Bestande um eine Jahresausgabe von rund 2000 Ml. Stadtw. Högere: Es kommt dem Magistrat nicht folgen und den früher vertretenen Stand rütteln nicht an. Wenn andere Städte, was zutreffe, weniger zahlten, so sei das zu bedauern, aber kein Grund für Wandbedarf, und mehr zu zahlen. Auch das Verhalten von Hanburg und Altona sei nicht maßgebend. Wandbedarf kommt rubig mit gutem Beispiel voran gehen. Die Lebensbedürfnisse der Arbeiter seien ebenso teuer wie die der Beamten. Mindestens dürfe im Winter nicht unter 15 Pf. Bodenlohn gezahlt werden. Eine Gratifikation, ein Gesetz sei nicht das, was den Arbeitern empfohlen sei. Bei Erhöhung des Lohnes um 3 Pf. ergebe sich auch nur eine Ausgabe von rund 2000 Ml., bei Erhöhung um 5 Pf. eine solche von etwa 3000 Ml. Stadtvorsteher v. d. Busche: Wohl jedoch gönne den Arbeitern gern eine Verbesserung, und der Vorschlag sei ja auch sehr guter, man müsse aber nach Stadt und Gewerbearten verfassen und den Arbeitsmarkt mit Angebot und Nachfrage verbinden. Die Gerechtigkeit verbiete, daß nicht in einem kleinen Bezirk der Stadtv. so hohe Lohnentnahmen im ganzen Hinterlande gegeben werden. Daddiell werde weiter ein Einfluß auf die Leute einer kleinen Arbeiterschaft in Privatbetrieben ausgeübt, was wiederum die Ausgaben der Stadt belastet und zurückwirkt. Weidt: in den Kaufmannsbuden der Stadtv. erhöht, dann lösne es auch Wandbedarf. Oberbürgermeister Mann: Es kommt nicht bloß darauf an aus 35 Pf. 10 zu machen. Es koste man, dann müsse man alle mitholen 35-36 Pf. differenzierenden Lohnziffern berücksichtigen, und das werde man 2000 Ml. 4000 Ml. kosten. Stadtv. Landesbarth: Zeines Wissens sei in allen der Einnahmen der Arbeiter der Stadtv. Bämmer und Flehmianer noch nicht 5 Pf. erhöht worden. Sicherlich kann man

als Elektrofahrt kostete um 5 Pf. erlaubt worden. Überbürgermeister Maunz: Die Angabe ist unzureichbar; amtlich sei ihm davon nichts bekannt geworden. Stadtr. Weizen: Anrebot und Kauffrage tonnten und dienten bei teurem Blatte frischen. Wenn in Weißnachten wie das der Fall, die Blatte auf 6, 7, 8 Pf. fänden, so sei das einer Stadt wie Wandsbek unmöglich. Sitzung abge. 21 M., ein wenig maßgebende. Weißblattdurchschriften für Städte genannter Preise 26 bis 28 Pf. moderate. Es seien keine Blätter gesehen sein, daß den Privaten der Abberungsdruck verboten werde. Weitere Zuhaltung liege im Interesse des ganzen Vereinsvermögens. Die Arbeiter müßten ja genutzt werden, darin sie den Geldkaranten und Bankenunterern geachtet werden könnten. Das sei bei den jungen meisternunwürdigem vohalten, die nie zum Wahlrecht stimmen, nicht möglich. Es wird kein von Weißblattdurchschriften gehabt. Zeit es, da nicht am Blatte, wenn auch die Stadt endlich einmal auf diesem Gebiete etwas tun? Arbeiten eheben 3 Pf. nur akademisch gebildete und bilden genötigt werden. Sollte es nicht angängig, allen Weißblattungen folgte zu genehmigen? Wenn man nun über das entschieden hätte, den Stundenlohn zu erhöhen, bitte er, wenigstens einen Mindestlohn festzulegen. Überbürgermeister Maunz: Zu Altona würden an häufige Arbeiter im Sommer 3,50 M., im Winter 3 M., an Schneiders 3 M., beginnend 2,70 M. gebühren. Die Hamburgische Prävention habe eine Gratifikation, ferne Wohnungshilfe ansetzt. Stadtr. Althoff: Erstellt! Er beantragte Erhöhung des Stundenlohnes um 5 Pf. Die Erhöhung der ungarnen Blätter mache, da in der Wohnung auf Immobilien müder zu tun. Die Wettbewerb, heißtle man der Beamtenabschaffung drohend, läuft und läuft voll und ganz zu Recht, nicht gerade sollte man den Arbeitern danken. Das Bedürfnis nach an kommenden Jahren sei leicht schon da, nicht ein Jahr nach zwei Jahren. Stadtr. Weizen: Es könnte sich mit gehobenen Arbeitern, nicht um Bankarbeiter, es wäre ein Hinweis gegen andere Arbeitern, 10 Pf. zu haben, in dem jenseitigen die Strecke geht bis 30 Pf. kosten möglichen. Stadtr. Weizen: Die Beamtenpreise aber nebe den normalen. Zur Generalunion eine Gratifikation ist in der Sitzung abge. Es sei die mit einer anderen Stelle besprochen worden, unter anderem in den 7. und

Obwohl mit einer Wiederholung aufzuhören wünschen würden. Zudem ist diese Art der Arbeit nicht lange zu halten und mit den Zahlen jetzt viele unangenehme Erfahrungen zu erleben. Es kann nun darum, ob es weiterhin die Erfahrung 2000-2001-2002-Mitglieder-Aktivität oder die Erfahrung 2001-2002-2003-Mitglieder-Aktivität zu wählen, welche nicht nur eine Form der Praxis ist, sondern auch einen Mittelpunkt der inneren Arbeitshandlung annehmen. Einmal wieder ist Wiederholung ein Zeichen, dass es sich um eine eigene Wiederholung handelt, zumal Es 1991-1992 ebenfalls eine Praxis der Wiederholung war, die 1992-1993 wiederholt wurde. Wenn jedoch 2001-2002-2003-Mitglieder-Aktivität, dann kann es sich um eine andere Praxis handeln, die nicht in einem Rahmen der Wiederholung steht. Ganz anders als 2001-2002-2003-Mitglieder-Aktivität ist die Praxis der Wiederholung, die 1991-1992-1993-Mitglieder-Aktivität war. Sie besteht aus einer Praxis, die nicht in einem Rahmen der Wiederholung steht, sondern in einem Rahmen der Praxis, die nicht in einem Rahmen der Wiederholung steht.

die meisten Arbeiter im Sommer so viel erwartet, daß sie im Winter durchzukommen könnten, heute gerieten sie schon nach achtzigiger Erholung in Verlegenheit. Städte, Spree und Elbe: Von freuen, was Hamburg zeigen werde und möglichst viel Arbeitsgelegenheiten schaffe. Ein Mindezeichenelephant werde Entlassungen nach sich ziehen. Da sei ein geringer Verdienst doch mehr als nichts. Stadtrat und der: Er habe im Magistrat 20 Ml. Mindezeichenelephant bestellt, habe aber eingesehen, daß das kaum durchführbar sei. Bei Abstimmung würden die Stimmen der Autoren & Nachwuchs (Schöning, Pf.) gegen die Stimmen der Stadtverordneten Altmann, Weller und Hagedorn, der Autoren Beran (18 Ml. Mindezeichenelephant) gegen die Stimmen der Stadtverordneten Beran, Altmann, Weller und Hagedorn abgelehnt, der Magistratsantrag nunmehr angenommen.

Aus unserer Bewegung.

Breslau. Eine städtisch gut behandelte Mitgliederversammlung am 10. Mai im Gewerkschaftshaus, die befehdete sich haupt und den Verhältnissen in den beiden südlichen Staatenräumen, die Wehrkraft, referierte an der Hand der beiden Jahresberichte, die Wirtschaft in den genannten Jahren. Während in der Staatenräumefeste für die Gas-, Wasser- und Elektroversorgung noch keine Verhältnisse bestehen, steht es in der anderen südlichen Festoase, der sogenannten Staatenräumefeste, sehr triste aus. Die Angaben der referierenden sind äußerst minimale. Nach kurzer Abstimmung entließ die Versammlung die beiden Referenten, in alternativer Zeit eine weitere Versammlung aller Mannschaftsmitglieder beider südlichen Staatenräume einzurufen, um eine gründliche Erörterung der Verhältnisse herbeizuführen. Es soll dann eine Petition betreffs der Auflösung beider Mannschaften an den Magistrat gerichtet werden.

Darauf gab der Vorsitzende die Abrechnung des einen Quartals, die seitens der befehdenden hergehoben, daß die Verbandsaktivitäten unzureichend seien, trotz aller Erfolgen unserer Mitglieder und Herrn Schumann vom südlichen Bauernwert und der Deutschen in anderen Betrieben. Zum Vorsitz sei ein weiterer Amt zu vertheidigen. Die Referenten hatten an der Abrechnung nichts zu melden und beantragten deshalb dem Vorsitzenden Bedarge zu erlauben, was einstimmig erfolgte.

Ammer wurde befehdeten, am 1. Juni eine Staatenräumefeststätte einzurichten und soll zur Zeitung der Uniteiten ein totaler Zuschlag von 10 Pf. pro Woche eingebettet werden.

Dann berichtete Wehrkraft Wehrlein über die Tätigkeit der Deutschen im Gewerkschaftsbau und über die dort geführten Verhandlungen, Ausführungen fanden den Verfall der Versammlung. Da unsere Freizeit sehr ganz erheblich eingeschränkt hat, wurde ein weiterer Vortrag unter Ausschluß gehabt. Die Wahl fiel auf weiteren Vortrag. Nach Erledigung einiger innerer Vereinsangelegenheiten schloß am 11. Uhr das Ende der Versammlung.

Leipzig i. B. (Situationsbericht) Endlich ist es auch hier gelungen, eine Verbandsstiftung zu gründen. Wenn es auch etwas später war, so dürfen wir doch mit dem Resultat zufrieden sein; geht zwar langsam, aber doch sicherer. Am 20. Februar d. J. war die erste Zusammenkunft, mehr von Zweifeln als von Erwartungen bestellt. Aber der Kontakt und der Verlauf gaben uns zu, daß alle Kollegen mit der Absicht gekommen waren, Einigkeit und Solidarität zu fördern. So ging es freilich aus, weil Ziel und Ziel der Organisation wurden klar gelegt und zugleich erhöht gehalten, welche Form der Organisation für uns die Beste ist, ob lokale oder zentrale. Wir entschieden uns, dem Bereich der in Gemeinde- und Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter Unterangestellten beizutreten. Schreiber dieses wurde beansprucht, die nötigen Schritte zum Anfang zu tun. Am 1. März d. J. ist der Kollege Altwater Stuttgart einem lehrreichen und intuitiven Vortrag über Zweck und Ziel der Organisation, gab an der Hand der Erfahrungen nützliche Rücksicht und Anregungen und hob, bildgebend, die Aufgabe aus der Faust, während die Kollegen Weiß und Graf aus Mühlhausen die Patenteile verfaßten. So wieder ein Blick in die Organisationsfeste eingewechselt, eben wie, daß unsere Erwartungen, welche wir an das Werk setzten, sich erfüllten, und das wird geschehen, wenn wir alle unsere Kraft tun. Wie müssen die Überzeugung stärken, daß nur die Organisation allein im Stande ist, uns die Zukunft besser zu gestalten. Dass die Stadt Leipzig sich vor anderen Städten in bezug auf soziale Einheit und Zusammenhang ihrer Bevölkerung und Arbeitern zu haben scheint, kann uns unmögliches zugegeben werden. Leider bleibt jedoch manches zu wünschen übrig. Allerdings sind in letzter Zeit wieder einen kleinen Zuwachs vorwärts gekommen, eben auf eine die bezügliche Eingabe durch Stadtratsbesoldung und Polizeidienst: Arbeitnehmer, Oberförsterei, Statthalter und Polizeidienst bestellt werden sollten. Ein Stadtratsbericht müsste aber in diesen Auswendungen getraduziert werden, indem der Zahlungsbuchhaltung folgt, gehandhabt wird: diejenigen Arbeiter, die nicht direkt, also geschaffener, Tiefbauarbeiter usw., erhalten den ganzen Gehalt, von denenigen, die arbeiten müssen, z. B. Glasarbeiter, die die Kapitulation 50 Pf. zahlt, die Stadtzahlung dagegen nichts bezahlt. Wenn die Glasarbeiter in der Bürgeraufzuchtanstalt als dienst-

eifrig, fleißig und zufrieden geschildert wurden. Wir und mit uns noch viele andere Leute sind der Ansicht, daß diese Unterschiede nicht gemacht und auch der Nachschlag die 50 Proz. hätten bewilligt werden können. Solche Maßnahmen werden den Dienstleister und die Zufriedenheit der betreffenden Arbeiter sicher nicht fördern. Wir sind der Meinung, daß es sich doch immer noch ermöglichen läßt, der Nachschlag die 50 Proz. zu bewilligen, ebenso wenig haben wir die Hoffnung auf Einführung des Mittagstundentages aufgegeben. Es sind in der letzten Bürgerausschusssitzung diesbezügliche Anregungen durch den Stadtverordneten Herrn Strauter gegeben worden. Der Vorschlag wurde nicht direkt abgelehnt, es wurde aber erklärt, daß noch technische Schwierigkeiten gegenüberliegen, nach Bekämpfung derselben steht aber dieser Reform nichts mehr im Wege; also, es geht auch hier vorwärts. Den Kollegen von Kreisburg rufen wir zu: Zeit unermüdlich in der Agitation für den Verband tätig, lasst Euch nicht abscheiden! Werkt immerfort neue Mitglieder, in jedem unserer Kollegen muß das Fühlungsgefühl geweckt werden, sich unter allen Umständen zu organisieren, denn in der Organisation liegt die Sicherheit unserer Zukunft.

Hamburg. Mitgliederversammlung am 19. Mai. Nach der Abrechnung vom ersten Quartal wird dem Kollegen P., dessen Chefraum verstorben ist, in Gedenken des Unterstützungs-Regulativs eine Unterstützung von 55 Ml. zugedacht. Die Kollegen P. und E., welche nachweislich unverhohlen in Rot geraten sind, sollen 15 bzw. 20 Ml. bekommen. Sieben der Versammlung genannte Mitglieder, welche trotz einer seitens des Vorstandes an sie gerichteten Mahnung länger als 13 Wochen mit der Beitragzahlung im Rückstand geblieben sind, werden auf Grund des § 3, Abs. c, der Statuten aus dem Verband ausgeschlossen. Zum Beitritt der „Gesellschaft Gewerkschaftshaus Hamburg“ wird der Kollege Schönberg bestimmt. Der Vorstand fordert zu reger Beteiligung an dem, am Sonntag den 12. Juni, stattfindenden Gewerkschaftsfest auf. Abmarsch des Festzuges von der Moppe, St. Georg, nach dem Mühlentor, nachmittags 2 Uhr. Von unserer Seite ist eine kleine Schrift über die Anwendung der am 1. Januar d. J. in Kraft getretenen Senatsverordnung über die Zahlung des Sohnes in Krankheitsfällen usw. (§ 616 des Bürgerlichen Gesetzbuches), herausgegeben zum Preise von 5 Pf. für Mitglieder und 10 Pf. für Nichtmitglieder. Jeder hamburgische Staatsarbeiter sollte sich dieses für ihn sehr notwendige, rechtsbelehrende Merkbüchlein zulegen, damit er in Fällen über sich erhebender Arbeitsverhinderung weiß, woran er ist. Mehrere öffentliche Versammlungen, in denen der Verbandsvertretende Peterich-Berlin referieren wird, werden kurz nach Plönien stattfinden. (Siehe Anfang).

Magdeburg. Öffentliche Versammlung am 7. Mai. Der Stadtverordnete M. Ritsch hatte das Referat übernommen. Unter Punkt 2, „Verdiertserstattung von der Generalversammlung der Betriebsstaatenräume“, führt der Vorsteher aus: Mit dem Auftrittsetzen der neuen Statuten trete die Arbeitsförderung in den Vordergrund. Ritsch verließ hierauf die Aversetare und teilt mit, daß der § 11 aus dem Vorsteervertrag gekürzt sei. Als Remedy sei Dr. Archibald seine Ämte zugewiesen worden. Für den Stadtrat Wilhelmstadt ist ein Amt mit mir besetzt hinzugetragen. Für die Altstadt ist ebenfalls die Anstellung eines weiteren Stadtrats in Aussicht genommen. Verschiedene Kollegen würden noch nicht Aversetare anstellen; aber von verschiedenen Staatenräumefesten treten wird geltend gemacht, daß dieses zu weit führen würde.

Würzburg. Versammlung am 5. Mai. Kollege Altwater aus Stuttgart referierte über Zweck und Zugen des Verbandes. Nach einer interessanten allgemeinen Einleitung sprach Altwater über die Lage der heutigen Gasarbeiter, welche noch gewünscht sind, volle 365 Tage jährlich zu arbeiten. Drogdon gibt die statistische Übersicht deutlich Ein Bild, daß noch jeder zweite durchschnittlich ein Mehr von 200 Ml. gegenüber seiner Einnahmen jährlich verbrachte. Das beweist folgendes:

Haushaltungs-budget eines Gasarbeiters mit drei Kindern:		Jährliche Ausgaben:
für Brod	231 M.	für Kleidung u. Wäsche 120,- M.
" Brotteigbrot	1,40 "	Zahnwaren 60,- "
" Fleisch	2,45 "	Wote 210,- "
" Gemüse	1,50 "	Staatenräumefest 48,88 "
" Butter	0,50 "	Alt. u. zw. Berl. 48,- "
" Sammelz	0,60 "	Vereinsbeiträge 13,- "
" Kaffee	0,40 "	Gemüse 6,- "
" Milch	2,52 "	Generverdieterung 3,50 "
" Gewürze, Eiig. Otc.	0,35 "	Haushaltungsgegenstände 20,- "
" Zobel	0,70 "	Steuern 12,06 "
" Zahnengeld für	0,50 "	Holz und Stoffen 55,- "
" Sonntag	0,50 "	Jährliche Ausgabe 554,41 M.
" Gehweld	3,50 "	
" Licht	0,40 "	
" Seife, Zoda u. c.	0,40 "	

Wöchentliche Ausgabe 17,53 M. N. 52 311,56 M.

554,41 "

Jahres Gesamtausgabe 1105,- M.

Jahres-einnahme 365,- 3,30 1294,50 "

Verbleibt ein Defizit von 261,50 M.

Unter solchen Verhältnissen wird jeder verständige Kollege zugeben müssen, daß man noch weit davon entfernt ist, ein menschenwürdiges Tafeln zu führen. Selbstverständlich muß auf diese Art die Frau dazu helfen, das Defizit zu decken. Die folgen davon kann sich jeder ausmalen. Referent kommt sodann auf die schändliche Behandlung der Organisation zu sprechen und verweist auf Mühlhausen, wo von den Kollegen sogar eine Versammlungsgebühr behördlicherseits erhebt wird. Dagegen stehen die Kollegen im Elß und treten zum Verbande. Wie schädelich es für die Kollegen ist, wenn sie nicht zur Organisation halten, zeigt Redner an den Zuständen in Hammelburg. Der Vortrag hängt aus in einem fröntigen Appell an die Kollegen mitzuwirken an unserem großen Reformwerk. Kollege Büchlein meinte, es müsse von nun an im Gaswerk die Organisation erneut gefestigt werden, weil man nicht weiß, was uns von unserem Magistrat noch beiderstellt wird, ob vielleicht im Hause der Gründung einer Pensionsschule nach die Ausflüsse so liegen, wie es in Würzburg der Fall ist. Kurz und gut, es macht sich in jeder Besichtigung notwendig, der Organisation hets treu zu bleiben. Zum Schluß erklärte Kollege Altwater noch die Zahlung der Differenz zwischen Rentengeld und Tagelohn. In Heidelberg sei z. B. diese Frage schon geregelt, und da könne Würzburg gewiß dasselbe leisten. Mit einem Hinweis auf die Interessensämpfe unserer Zeit faßte Altwater seine Ausführungen und fand den Beifall sämtlicher Anwesenden.

Thomas Müntzer.

(Aus dem Rosenow'schen Werke „Wider die Pfaffenherren“).

Als bereits von Süden herauf der Donner des inneren Krieges über die thüringische Grenze drang — anfangs März 1525 — kam Thomas Müntzer, der Gejagte und Verbündete, wieder nach Mühlhausen zurück. „Ein ehrbarer Mat“ der freien Reichsstadt befand sich in harten Aden. Mitte Dezember 1524 war der Monk Pfeifer zurückgekehrt, ohne daß der Mat die Macht hatte, den Ausgewiesenen wieder zu vertreiben. Da Pfeifer gute Stimmung in der Bevölkerung traf, bewirkte er mit den Anhängern Müntzers auch deren Rückkehr. Müntzer kam endlich vom Süden herauf, auf seinem Wege überall anfeuernd, redend, schreibend. Am Huldaischen, wo er den Bauern gepredigt hatte, ließen ihn die Behörden als einen verdächtigen Aufrührer in den Turm werfen. Sein Glück war, daß man ihn nicht kannte; so ließ man ihn nach einiger Zeit wieder laufen. Zu spät erfuhr der Abt von Hulda, wer im Turm gelegen hatte, „hatte er gewußt, daß es Thomas Müntzer gewesen, er wollte ihn nicht ledig geben haben.“

Müntzers Rücksicht wirkte auf die Stadt wie eine Kriegserklärung. Man wollte dem Gefürchteten wenigstens das öffentliche Auftreten unmöglich machen. Aber die kleinbürgerliche Partei Pfeifers und die proletarische Partei der Arbeiter und Bauern zwangen den Mat, Müntzers Agitation zu dulden. So wurde denn auch das Feuer neu entfacht. Während Pfeifer, der Prediger in St. Nikolai, als Führer der bürgerlichen Partei in der Stadt agitierte, zog Müntzer, der Prediger an der Marienkirche, durch die Vorstadt und die Dörfer, agitierte und organisierte unter Bauern und Arbeitern. Da ließ der Mat, als die Stimmung der Bevölkerung ihm immer bedrohlicher wurde, die Statthöfe schließen, um niemanden hinaus und herein zu lassen. Gest aber brach in der Stadt selbst der Aufruhr aus, den der Mat in der Entwicklung hatte erwartet wollten. Die Kirchen wurden gestürmt, die Bilder verbrannt, der Stadttadel mit dem Tode bedroht. Der Mat wollte Lassengewalt anwenden, aber als auf der Windwehr die Bürgergarde unter die Waffen trat, stellte sich Müntzer ihr entgegen und vernichtete sie durch eine feurige Pfeile, die alle mit Feuer zum Volle überzeugten. Das befahrene Volk zog in die Marienkirche, hielt dort Volksversammlung und bestrafte die Abeging des alten Rates. „Ein ehrbarer Mat“ trat an seine Ziele, der aus dem von Pfeifer geführten Kleinbürgertum gebildet war.

So war der Monk Pfeifer Herr der Stadt Mühlhausen geworden, während Müntzer für sich selbst nicht viel mehr als unbedeutende Bewegungsschwäche erhielt hatte. Pfeifer war das Haupt des totalen bürgerlichen Radikalismus und wirkte daher nur auf Mühlhäusern Woden. Müntzer aber, seit Jahren das Haupt der kommunistischen Bewegung Deutschlands, trug über Mühlhausen, Mauer, Lohaus und weite Mühlhausen zum Zentrum der Revolution in Thüringen und Sachsen machen.

Das Ereignis Pfeiffers hatte also, wie andernwärts so auch hier, zumal mit Elber gegen Süden und Norden gewendet. Die wohlhabenden Würde wurden vertrieben, die Stotter und Zittigüter eingenommen. Die Notunterkünfte in der Stadt einen großen Hof mit reichen Erträgungen. Den nahm Müntzer ein, füllte ihn Baumaterialien darin auf und weckte dort mit einer Menge seiner Anhänger. Hier im Notunterkünfte machte er den Berath zur radikalen Durchführung seiner kommunistischen Ideen, indem er eine kommunistische Gemeinde bildete. Alles sollte allen gemeinsam sein, niemand mehr haben als der andre. Sie waren, was sie verstanden und ohne Protestantier wanted, die nie eine kommunistische Idee gehabt hatten, schmitten sich eins ein und von Wohlhabenden des „ehrbarer Mat“ Zentrale Elber, und auch Müntzer soll überzeugt sein, daß jungen Leuten keine Würde und Stolz nötig seien, so einfach und beiderseits er doch in seinen Anhängern war. Eine himmelende Begeisterung hatte sie

alle erfaßt. Am Sonntag strömte das Landvolk zu Tausenden in die Stadt, Müntzers Predigten zu lauschen. Überall war die Stimmung den Müntzerischen günstig. Neben das Rhöngebirge kamen die Nachrichten von der Zulieferung der Klöster und der Burgen. Da, in den Grafschaften rings um Mühlhausen herum, sowie in Hessen, in Hessen, im Braunschweigischen, im Südsachsen bis ins Erzgebirge und Vogtland hinauf begannen die Bauern aufzutreten und Männer und Herren mit Krieg zu überziehen. In den Zehnthaltern stand die Peine aus Münzen, Klöstern und Zehnlösern. Im Warfuscher Amtlich Müntzer grobes Gestühl gießen und, um die Süddisidenten aufzumuntern, ihnen Mittelgeld und Zeichnung davon auszuhändigen.

Seine Agitatoren hauptsächlich unter: Man sah sie in der Münchner Umgang, in den Toren an den Ebenen, und man sah sie in den Bergwerken von Zinnberg, Annaberg, Marienberg im Ergebnis im Spannenmittel in die Schwäde steigen. Innerstaundlich stand die Münchner Briefe durch Thüringen und Sachsen, seine offenen und geheime Anhänger auferstehen zu Arbeit und Aufopferung, eine höhere Welt zu bauen. In den Stürmen dieser aufgeregten Zeit wurde der Mat zu einem Meilen empor, dessen Schatten Luther, Melanchthon und Wittener Reformatorenfreie in einem Licht verbündete. Müntzer es allen ihren Publikationen über Müntzer an, wie dieser überwältigend und wie sie sich vergleichen seiner Größe zu empfehlten. Nichts Zeichnet, das sie ihm nicht nachgäben, ohne doch wirklich verkleinern zu können. Selbst der Schatten des Todes übte noch eine mächtige Wirkung auf sie. Das vermögen alle gewaltige Persönlichkeiten.

Diese Große Müntzers aber ist begründet in der Zeit, in welcher er lebte. Es war die Periode großer politischer Münzen, des Neffen, der ökonomischen Umwälzung, in der sich die Gesellschaft bei Müntzers Bedeutung war gewidmet, weil er seine Zeit begrenzt und nicht gezeigt hat, den aus ihr geborenen Forderungen zufolge führt und batte zu sein. Darin unterschied sich die führende Agitator und Organisator von der Persönlichkeit Luther's. Er batte aus Münster für die Fürsten nicht gewagt, sich an des Volkes Spiege zu stellen, und war dadurch von den Ereignissen überholt und hinweggedemmt worden. Müntzer aber war mit Freiheit und Zorn bei der großen Zache, er lebte ausschließlich in ihr. Sein Werk sollte den Kämpfern des Tages voran, dem Ziele entgegen. Hier erklärte sich auch der alttestamentliche Propheten, den er immer laut und bunt in seinen Predigten und Briefen anstaltete. „Thom. Müntzer, ein treuer Sohn Gottes wider die Gottlosen“ nennt er sich in seinen Briefen und revolutionären Manifesten. Seine Verbündeten im Welschlande schwören er: „Ahabt an und streitet den Streit des Herren. Es ist hohe Zeit. Halst Eure Brüder all dazu, daß sie Gottliegenkrisis nicht verspielen, sonst müssen sie alle verderben. Das ganze Deutschland und Weltland ist erregt. Der Meister will ein Spiel machen, die Böewinter müssen dran. Zu Hulda haben wir in der Esterwoche 4 Zusätzlich verurteilt. Die Bauern im Niederrhein, im Regen und Zandwarwald sind auf, als dreizeigtausend sind und wird der Haufe je länger, je größer . . . Ihr müsst dran, es ist Zeit! Rathaus und Rathel! Müntzer! Weltentzündung geht keine an! Diesen Brief lasst den Vergleich werden . . . Zahnreiter Pindepans auf dem Ambos Nimrod's, wer ihm den Turm zu Boden“ usw.

Man sieht heraus, daß diese Sprache nur der Widerhall der Ereignisse ist, die Deutschland aufzuwühlen. Selbst Luther wurde bei ihnen bingerufen. Als der dumpe Waffenmarsch des Volksaufstandes daher drohte, rief er in der Stimmung erster Übereinstimmung der Ernährung zum Frieden auf die 12 Artikel der Bauernkraft: „Zahnreiter“. Darin sagt er: „Erläßt mögen wir Niemand Eden danken, solches Unrats und Aufruhrs, denn euch, Fürsten und Herren, sondern euch auch blinden Wüsten, tollen Pfaffen und Mönchen . . . Das Zahnreiter ist euch auf dem Halse, noch meint ihr jetzt seit im Zettel, man werde euch nicht mögen anzuholen. Solche Zitterheit und verbotete Vermischtheit wird euch den Schrecken, das werdet ihr sehen . . . Wohlan, weil ihr denn Ihr seit solches Gottes gern, wirds ohne Zweifel auch über euch ausgehen, wo ihr euch nicht mit der Zeit befreit . . . Denn das soll wahren liebe Herrn, Gott schafts alle, daß man nicht kann noch eine Wüste die lange dulden. Ihr müsst anders werden zu Geist des Welt weisen. Und ihrs nicht durch freundliche Weise müsst ihres tun durch gewaltige und verderbliche Hinweise . . . Es sind nicht Bauern, liebe Herrn, die sich wider euch seien, Gottes feind, der fest ist wider end, heimzuführen eine Wüste.“

Als guthet die Zage niederräuberisch, ließ er hören, wie immer, nur vom Strome treiben, diesmal von den Wellenwellen der Revolten, die auf nach Wittenberg brandeten. Die Wittenberger sind die ständigen die Oberhauptigkeit der Bewegung über ganz Deutschland. Daß man für jene Zeit etwas selligenwohnlich und überetrocken, daß man bereits an den höheren Zusammenbruch des alten Herrschaftsstaates glaubte. Selbst der vorsichtige Archidiakon Zahnreiter schrieb am 11 April 1525, er sei an seinen Bruder, Herzog Albrecht von Sachsen, „daß in das ein großer Handel sei, man mit Gewalt in jede Städte hat man denen neuen Leuten in Geschäft und Betrieb gegeben, und sonderlich mit Verbindung des Zahnreiter. Sie werden die Zukunft in viel Wegen von uns gewünscht und wünschen Schaden bekehrt. Gott wende keinen Zorn von Gott es Gott ohne haben, so wird es also human geben, daß der gen-

"man regieren soll." Der friedliebende Friedrich brauchte sich des "meinen Mannes" wegen nicht mehr lange den Kopf zu zerbrechen. Zwei Wochen später, am 5. Mai, starb er und in seinem Bruder kommt kam ein starker Träumgänger an die Regierung, der nun einig mit den andern Fürsten, mit militärischer Gewalt dem Thron entgegenseitete.

Leider war irgendwo in Thüringen und den sächsischen Herzogtümern, im Eichsfeld, im Harz, Hohen, Altda und im Vogtlande, ebenfalls angebunden. Am April standen überall die Bauern auf, traten in Lager zusammen und zogen in harten Haufen von Kloster zu Kloster, von Edelhof zu Edelhof. Die Rottserhebung in der einen Grafschaft hatte die Erhebung in der andern zur Folge. Innerhalb einer Tage waren die Arbeiter und Bauern im Zuge Altda und im Klosterland, in der Bütten, sowie die brennenden Bauern um Bada, eingetragen, Herzfeld zu 10.000 Mann stark verkommen. Sie brachen in die Klöster, in die Burgen und Edelhöfe, um sie zu plündern und zu plündern. Scharenweise sah man die vertriebenen Menschen und Frauen unterziehen, während die Bauern ihren guten Kloster in ausstrahlen und die Borräte der Klosterkellerei aufzehrten. Auch viele Edelleute sah man mit ihren Dienstboten obdachlos umher irren, wenn sie nicht eilig der „christlichen Brüderlichkeit“ der Aufständischen beitreten waren. Täglich erhielten die Bauernhaufen Zugang und Land, denn sie schrieben überall hin und drohten, die Sämlinge zu ihrer Feldfrucht, an Vieh und Gut zu schädigen. Selbst der eingesetzte (Bernecker) des Zuges Altda hatte sich der Brüderlichkeit zu unterwerfen müssen. Sie wollten keinen „Geadjutor“ mehr, sagten die Bauern im Beiponung seines Titels „Geadjutor.“ (Fortsetzung folgt.)

Eingegangene Schriften und Bücher.

„Wider die Pfaffenherrschaft“ besteht für ein vorarist historisches Gefühl des Lesers so frisch vergebenen Meisterzöglingen Enthaltenem, das soeben in Erinnerungen im Berlager des Buchhandlungswerts zu erscheinen beginnt. Dies Werk, das im früheren Leben der Darstellung und vollständiger Freude eine Reihe farbiger und bewegter Bilder aus der geistlichen Entwicklung der Kirche zeigt, will keineswegs in leichter Pfaffenbücher machen, sondern steht auf gewissenhaftem Studium der einschlägigen historischen, kulturhistorischen und wissenschaftlichen Literatur.

Wohl manchem Arbeiter ist schon der feierliche Klimax aufgespiegelt, eine Gesichtsdichte zu befinden, die, streng auf wissenschaftlich objektiver Erforschung funden, doch die geistliche Entwicklung im Lichte der kirchlichen Geschichte und Weltanschauung darstellt. Eine solche, in gleiche der materialistischen Gleichheitsaufklärung verfasste Weltansicht erhielt aber bis jetzt nicht. Die Wiegendatei der langerlichen Gleichheitsbeschreiber steht hier uns dar als ein dialektisches Leben und Durchdringen von dialektischen Antinomien und Streitszenen, über deren tieferen Ursachen wir völlig im Ratlosen bleibten.

Die intensive geistige und materielle Raumverbindung der Zentraldemokratie durch die Aufführung des politischen und ökonomischen Verhältnissystems hat bis jetzt leider die Anfangsrichtung eines im mündenden Zinne gehaltenen Gleichheitswertes verhindert. Wohl hat die deutsche Sozialdemokratische Literatur bereits vorsichtige Werke über bestimmte Ereignisse und enger umgrenzte Gleichheitsmotive, zum eine „Weltgleichheit“ soll erst noch gearbeitet werden.

Da nun aber das Interesse des deutschen Proletariats für einen überaus wichtigen und interessanten Gegenstand, wie die Entwicklungsgeschichte der Menschheit, ein so außerordentlich großes ist, kann man, hat es der Berliner Verwärts-Verlag unternommen, allzeit empfindliche Lücke einzufüllen wenigstens durch eine Reihe qualitativer Gleichheitswerte auszufüllen, die besonders interessante Bedeutung der Geschichte behabend.

Das in Mode stehende Werk dürfte ganz besonders warmer Anerkennung begegnen. Unter nimmt es doch, vom Standpunkt der materialistischen Gleichheitsaufklärung aus eine großzügige Darstellung der Geschichte des Staates und Völkerstums zu entwerfen. Es enthält eine Reihe des Absehlenden und Beklebenden, lebendige Abbildungen des Staates, des Staatlebens, des Mittelalters, des Renaissance, der Renaissance usw. Dabei sucht der Verfasser stets die treibenden strukturellen und politischen Ereignisse des menschlichen Staates erkennt, er zeigt in der Belebung der materialistischen Gleichheitsmethode, dass in der Entwicklung der Staatsformen der Staatlichkeit eine ebenso wichtige wie der unter ihnen bestehenden und darüber hinaus offenbar entstehenden werden. Deshalb nicht minder anerkennungswürdig ist die Ausstattung des Werkes, das in 200 Abbildungen in 200 Seiten, in eine vornehm gedeckte. Der Text wird durch eine Reihe historischer Illustrationen belebt. Text und Bilder sind verbunden, sodass das komplette Werk auch nach dieser Richtung eine Reihe jeder Bibliothek bilden wird.

Zudem wie an anderer Stelle eine Tertiothee des Werkes vermittelten, geben wir der Hoffnung Ausdruck, das der brüderliche Erfolg des verdienten Unternehmens den Verlag auch zur Fortsetzung seiner historischen Auflösungsarbeit ermuntern wird.

Verbandsteil.

Adressen der Verbandsleitung.

Secretariat: Berlin W. 37, Bülowstr. 21.

Telephon: Amt IX, 6188.

Alle Korrespondenzen, die den Verbandsvorstand betreffen, sind an den geschäftsführenden Vorstand **Br. Poersch**, alle Geldsendungen für die Verbandsstätte an den Verbandsklassifizierer **G. Ahmann**, alle Zuschriften für die „Gewerkschaft“ nur an **H. Bürger** zu richten.

Sämtliche Beschwerden gehen zunächst an den Vorstand des Verbandsvorstandes, **Br. Poersch**, gegen die Entscheidungen des Verbandsvorstandes ist Beschwerde bei dem Verbandsausschuss-Vorstand **H. Schulz, Hamburg, Büste II**, zulässig.

Bekanntmachung.

Wiederholte wurde der Wunsch geäußert, ein Adressenverzeichnis der Filialleiter herauszugeben. Der Verbandsvorstand ist diesem Wunsche nachgekommen und hat ein Adressenverzeichnis in beliebter Ausgabe herstellen lassen. Dasselbe wurde den Filialvorständen bereits zugestellt und können es sonstige Interessenten durch die Verbandsleitung beziehen.

Wir machen darauf aufmerksam, dass nach den Bestimmungen des Reglements für Wohnbewegungen über alle Eingaben, Forderungen usw. an uns zu breiten ist. Wir erürdnen daher die Filialvorstände, uns von allen Petitionen usw. mindestens eine Abschrift derselben zuzulegen.

Werne weisen wir darauf hin, dass während der Zeit des Aussagens die Mitgliedsbeiträge zu entrichten sind. Arbeitslosigkeit im Sinne unseres Statuts liegt nur dann vor, wenn das Arbeitsverhältnis gänzlich gelöst ist. — Weiter machen wir noch darauf aufmerksam, dass in Krankheitsfällen nach § 5 Absatz a die Beiträge zu entrichten sind, wenn der Erkrankte seitens der vorgegebenen Behörde einen Zufluss zum Krankengeld erhält. Wir bitten, diese Bestimmung genau beachten zu wollen. In den letzten Tagen wurden den Filialvorständen Musterregelungsformulare zugestellt, die zur Verhinderung an den Verbandsvorstand bei eventuell vor kommenden Maßregelungen zu benutzen sind. Wir bitten, in solchen Fällen sich nur dieser Formulare bedienen zu wollen, da die Erledigung derselben hierdurch befehlsmäig wird.

für den Verbandsvorstand:
Br. Poersch.

Quittung der Hauptkasse.

für das 1. Quartal 1904 gingen an Beiträgen ein: Preslau 2. Rate) 30.— M., Mühlhausen i. Els. 20,56 M., Wiesbaden 2. Rate) 18.— M.

für die Protokolle des Verbandsstages fanden ein: Preslau 7,95 M., Berlin X 3,50 M. G. Ahmann, Kassierer.

Ein gutes Wort von Hermann Greulich.

In letzter Zeit habe ich wiederholt folgende Bemerkung vernommen: Wenn das oder jenes geschieht, dann tritt unsere Partei aus dem Verband, oder unser Verband aus dem Gewerkschaftsverein, aus dem Arbeiterbunde. Dabei habe ich mich weniger geärgert als geschämt, denn ich hörte die Unternehmer dabei lachen und sagen: Die Leute brauchen wir nicht einmal zu fürchten, deren Forderungen können wir noch ruhig ablehnen. Sie sind nicht gefährlich. Wenn werden wir einmal diese albernen Kindermärkte los? Sie mögen etwa passen für einen Regelclub, oder ein Tabakkollegium, oder eine Stad- oder Saugesellschaft, für Freunde, die Vergnügungen wollen, aber nicht für eine Gewerkschaft, in der man für die Existenz und die Rechte der Arbeiter kämpft, die also eine Notwendigkeit ist. Wir wollen mitbestimmen im Arbeitsvertrag, wir wollen Gemeinde und Staat meistern, ja, wir streben eine vollständige Umgestaltung der ganzen Gesellschaft an und wir lassen uns immer wieder drohen, dass man wegen kleinstlicher Meinungsverschiedenheiten unsere eigenen Schönungen zerstören will! Welcher Widerstand! Es ist wahreich hohe Zeit, dass wir endlich einmal solche Übernahmen aus unseren Veranlassungen und aus unserer Freiheit hinzuholen, denn sie belasten und schädigen uns nur. Nicht fortlaufen, sondern dableiben und weiterarbeiten, das ist die Parole einer demokratischen Organisation. Was gefunden ist, wird Meister werden und das Volk muss verschwinden. Mehr Brüderlichkeit und weniger Rechtshaberei, mehr freundliche Verständigung und freiwillige Disziplin und weniger Eigentum, dann erst werden wir aus unserer Ohnmacht endlich einmal herantreten.

„Die Gewerkschaft“ erscheint alle 14 Tage Freitags und ist durch die Post unter Nr. 3161 der Postzeitungeliste zu beziehen. Der Bezugspreis für das Vierteljahr ist 0,80 Mk. (ohne Bestellgeld), unter Streifband 1 Mk. -- Anzeigen kosten die dreigeschaltete Seitenzeile 0,40 Mk., bei Wiederholungen billiger. Für Verbandsmitglieder und Mitglieder 0,15 Mk. netto.

Achtung!**Filiale Hamburg.**Achtung!**Grosse öffentl. Versammlungen**

Sonntag den 5. Juni 1904, nachmittags 3½ Uhr,
„Rothenburgsorter Tivoli“;

Dienstag den 7. Juni 1904, abends 8½ Uhr,
„Alter Schützenhof“, Barmbeck;

Mittwoch den 8. Juni 1904, abends 8½ Uhr,
„Hamburger Ballhaus“, Neustädter-Straße.

Referent in allen Versammlungen: Verbandsvorzünder **Bruno Poersch = Berlin.**

Kollegen, sorgt für einen guten Besuch!

Der Filialvorstand.

Totenliste des Verbandes.

Wilhelm Döring, Berlin
(Sektion VI.)

† 10 Mai 1904 im Alter von 55 Jahren.

Wilhelm Fischer, Berlin
(Sektion VII.)

† 11 Mai 1904 im Alter von 46 Jahren.

Kupferschmidt - Schöneberg
Berlin (Sektion IV.)

† 12 Mai 1904.

August Bauschert, Dresden
† 13 Mai 1904 im Alter von 60 Jahren
5 Monaten.

Johann Iwerski, Bremen
† 13 Mai 1904 im Alter von 35 Jahren

A. Kränkel, Heidelberg
† nach kurzem schweren Krankenlager im
Alter von 17 Jahren an der proletarier
Krankheit.

Ehre ihrem Andenken!

Achtung! Achtung!
Personal der Brennanzstalt Dallendorf-Berlin!

Die Mitglieder Versammlungen unserer
Sektion finden im Hofe des Herrn **Müller,**
Berlinerstraße an nachbenannten Tagen
statt: Montag den 13. Juni, Dienstag den
12. Juli, Mittwoch den 17. August, Sonnabend
den 17. September, Montag den 17. Oktober,
Dienstag den 15. November und Mittwoch
den 14. Dezember.

Die Sektionsleitung.

Wiesbadener Kollegen!

Am **Sonntag den 5. Juni v. d. A.** vorm.
9 Uhr, findet unsere **VERSAMMLUNG** statt,
in welcher **Dr. Frank** Mainzheim referiert.
Er wird unter alle Mannn.
Die Ortsverwaltung.

Zeitung: Am Fortsetzung des Fortsetzung der in Gemeinde und Stadtteilchen befindlichen Kollegien und Unter-Geschäftsstellen **Bruno Poersch**, Berlinostrasse 3.
Redakteur: H. Bürgel, Reihe Berlin W. 57, Villenstr. 21. — **Druck:** Formatic Buchdrucker und Verlagsanstalt Paul Eigner & So., Berlin SW. 65, Villenstr. 3.



Unserem Stollegen

Heinrich Schubert

zum 25jährigen Arbeitsjubiläum die
herzlichsten Glückwünsche.

Die Kollegen von Berlin

(Sektion IIb, Gaswerk Stralauer Platz).

Unsere legte Nummer 10 der Gewerkschaft
ist total vergriffen. Die Filialvorstände,
welche überzählige Exemplare liegen haben,
werden dringend erucht, diese herzauftun.

Berlin W. 57.

Heinrich Bürger.

Neue Rechtschreibung 1902.

Ausführliches grammatisch-orthographisches

Nachschlagebuch**der deutschen Sprache**

mit Einschluss d. gebräuchlichen Fremdwörter u. Angabe der schwierigen Silbentrennungen u. der Interpunktionsregeln.

Zum täglichen Gebrauch für jedermann.

(11.-32. Von (11.-32.

Tausend.) Dr. August Vogel. Tausend.)

Mit einem Verzeichnis geschichtlicher und geographischer Eigennamen.

524 Seiten (kl. Lexikon-Format).

Preis geb. 2,80 Mk.

Ausführlicher Prospekt bitte zu verlangen.

In jeder Sortimentsbuchhandlung vorrätig!

Langenscheidt'sche Verlagsbuchhändl.

(Prof. G. Langenscheidt) Berlin SW. II.

Preis geb. 2,80 Mk.

Ausführlicher Prospekt bitte zu verlangen.

In jeder Sortimentsbuchhandlung vorrätig!

Langenscheidt'sche Verlagsbuchhändl.

(Prof. G. Langenscheidt) Berlin SW. II.

Preis geb. 2,80 Mk.

Ausführlicher Prospekt bitte zu verlangen.

In jeder Sortimentsbuchhandlung vorrätig!

Langenscheidt'sche Verlagsbuchhändl.

(Prof. G. Langenscheidt) Berlin SW. II.

Preis geb. 2,80 Mk.

Ausführlicher Prospekt bitte zu verlangen.

In jeder Sortimentsbuchhandlung vorrätig!

Langenscheidt'sche Verlagsbuchhändl.

(Prof. G. Langenscheidt) Berlin SW. II.

Preis geb. 2,80 Mk.

Ausführlicher Prospekt bitte zu verlangen.

In jeder Sortimentsbuchhandlung vorrätig!

Langenscheidt'sche Verlagsbuchhändl.

(Prof. G. Langenscheidt) Berlin SW. II.

Preis geb. 2,80 Mk.

Ausführlicher Prospekt bitte zu verlangen.

In jeder Sortimentsbuchhandlung vorrätig!

Langenscheidt'sche Verlagsbuchhändl.

(Prof. G. Langenscheidt) Berlin SW. II.

Preis geb. 2,80 Mk.

Ausführlicher Prospekt bitte zu verlangen.

In jeder Sortimentsbuchhandlung vorrätig!

Langenscheidt'sche Verlagsbuchhändl.

(Prof. G. Langenscheidt) Berlin SW. II.

Preis geb. 2,80 Mk.

Ausführlicher Prospekt bitte zu verlangen.

In jeder Sortimentsbuchhandlung vorrätig!

Langenscheidt'sche Verlagsbuchhändl.

(Prof. G. Langenscheidt) Berlin SW. II.

Preis geb. 2,80 Mk.

Ausführlicher Prospekt bitte zu verlangen.

In jeder Sortimentsbuchhandlung vorrätig!

Langenscheidt'sche Verlagsbuchhändl.

(Prof. G. Langenscheidt) Berlin SW. II.

Preis geb. 2,80 Mk.

Ausführlicher Prospekt bitte zu verlangen.

In jeder Sortimentsbuchhandlung vorrätig!

Langenscheidt'sche Verlagsbuchhändl.

(Prof. G. Langenscheidt) Berlin SW. II.

Preis geb. 2,80 Mk.

Ausführlicher Prospekt bitte zu verlangen.

In jeder Sortimentsbuchhandlung vorrätig!

Langenscheidt'sche Verlagsbuchhändl.

(Prof. G. Langenscheidt) Berlin SW. II.

Preis geb. 2,80 Mk.

Ausführlicher Prospekt bitte zu verlangen.

In jeder Sortimentsbuchhandlung vorrätig!

Langenscheidt'sche Verlagsbuchhändl.

(Prof. G. Langenscheidt) Berlin SW. II.

Preis geb. 2,80 Mk.

Ausführlicher Prospekt bitte zu verlangen.

In jeder Sortimentsbuchhandlung vorrätig!

Langenscheidt'sche Verlagsbuchhändl.

(Prof. G. Langenscheidt) Berlin SW. II.

Preis geb. 2,80 Mk.

Ausführlicher Prospekt bitte zu verlangen.

In jeder Sortimentsbuchhandlung vorrätig!

Langenscheidt'sche Verlagsbuchhändl.

(Prof. G. Langenscheidt) Berlin SW. II.

Preis geb. 2,80 Mk.

Ausführlicher Prospekt bitte zu verlangen.

In jeder Sortimentsbuchhandlung vorrätig!

Langenscheidt'sche Verlagsbuchhändl.

(Prof. G. Langenscheidt) Berlin SW. II.

Preis geb. 2,80 Mk.

Ausführlicher Prospekt bitte zu verlangen.

In jeder Sortimentsbuchhandlung vorrätig!

Langenscheidt'sche Verlagsbuchhändl.

(Prof. G. Langenscheidt) Berlin SW. II.

Preis geb. 2,80 Mk.

Ausführlicher Prospekt bitte zu verlangen.

In jeder Sortimentsbuchhandlung vorrätig!

Langenscheidt'sche Verlagsbuchhändl.

(Prof. G. Langenscheidt) Berlin SW. II.

Preis geb. 2,80 Mk.

Ausführlicher Prospekt bitte zu verlangen.

In jeder Sortimentsbuchhandlung vorrätig!

Langenscheidt'sche Verlagsbuchhändl.

(Prof. G. Langenscheidt) Berlin SW. II.

Preis geb. 2,80 Mk.

Ausführlicher Prospekt bitte zu verlangen.

In jeder Sortimentsbuchhandlung vorrätig!

Langenscheidt'sche Verlagsbuchhändl.

(Prof. G. Langenscheidt) Berlin SW. II.

Preis geb. 2,80 Mk.

Ausführlicher Prospekt bitte zu verlangen.

In jeder Sortimentsbuchhandlung vorrätig!

Langenscheidt'sche Verlagsbuchhändl.

(Prof. G. Langenscheidt) Berlin SW. II.

Preis geb. 2,80 Mk.

Ausführlicher Prospekt bitte zu verlangen.

In jeder Sortimentsbuchhandlung vorrätig!

Langenscheidt'sche Verlagsbuchhändl.

(Prof. G. Langenscheidt) Berlin SW. II.

Preis geb. 2,80 Mk.

Ausführlicher Prospekt bitte zu verlangen.

In jeder Sortimentsbuchhandlung vorrätig!

Langenscheidt'sche Verlagsbuchhändl.

(Prof. G. Langenscheidt) Berlin SW. II.

Preis geb. 2,80 Mk.

Ausführlicher Prospekt bitte zu verlangen.

In jeder Sortimentsbuchhandlung vorrätig!

Langenscheidt'sche Verlagsbuchhändl.

(Prof. G. Langenscheidt) Berlin SW. II.

Preis geb. 2,80 Mk.

Ausführlicher Prospekt bitte zu verlangen.

In jeder Sortimentsbuchhandlung vorrätig!

Langenscheidt'sche Verlagsbuchhändl.

(Prof. G. Langenscheidt) Berlin SW. II.

Preis geb. 2,80 Mk.

Ausführlicher Prospekt bitte zu verlangen.

In jeder Sortimentsbuchhandlung vorrätig!

Langenscheidt'sche Verlagsbuchhändl.

(Prof. G. Langenscheidt) Berlin SW. II.

Preis geb. 2,80 Mk.

Ausführlicher Prospekt bitte zu verlangen.

In jeder Sortimentsbuchhandlung vorrätig!

Langenscheidt'sche Verlagsbuchhändl.

(Prof. G. Langenscheidt) Berlin SW. II.

Preis geb. 2,80 Mk.

Ausführlicher Prospekt bitte zu verlangen.

In jeder Sortimentsbuchhandlung vorrätig!

Langenscheidt'sche Verlagsbuchhändl.

(Prof. G. Langenscheidt) Berlin SW. II.

Preis geb. 2,80 Mk.

Ausführlicher Prospekt bitte zu verlangen.

In jeder Sortimentsbuchhandlung vorrätig!

Langenscheidt'sche Verlagsbuchhändl.

(Prof. G. Langenscheidt) Berlin SW. II.

Preis geb. 2,80 Mk.

Ausführlicher Prospekt bitte zu verlangen.

In jeder Sortimentsbuchhandlung vorrätig!

Langenscheidt'sche Verlagsbuchhändl.

(Prof. G. Langenscheidt) Berlin SW. II.

Preis geb. 2,80 Mk.

Ausführlicher Prospekt bitte zu verlangen.

In jeder Sortimentsbuchhandlung vorrätig!

Langenscheidt'sche Verlagsbuchhändl.

(Prof. G. Langenscheidt) Berlin SW. II.

Preis geb. 2,80 Mk.

Ausführlicher Prospekt bitte zu verlangen.

In jeder Sortimentsbuchhandlung vorrätig!

Langenscheidt'sche Verlagsbuchhändl.

(Prof. G. Langenscheidt) Berlin SW. II.

Preis geb. 2,80 Mk.

Ausführlicher Prospekt bitte zu verlangen.

In jeder Sortimentsbuchhandlung vorrätig!

Langenscheidt'sche Verlagsbuchhändl.

(Prof. G. Langenscheidt) Berlin SW. II.

Preis geb. 2,80 Mk.

Ausführlicher Prospekt bitte zu verlangen.

In jeder Sortimentsbuchhandlung vorrätig!

Langenscheidt'sche Verlagsbuchhändl.

(Prof. G. Langenscheidt) Berlin SW. II.

Preis geb. 2,80 Mk.

Ausführlicher Prospekt bitte zu verlangen.

In jeder Sortimentsbuchhandlung vorrätig!

Langenscheidt'sche Verlagsbuchhändl.

(Prof. G. Langenscheidt) Berlin SW. II.

Preis geb. 2,80 Mk.

Ausführlicher Prospekt bitte zu verlangen.

In jeder Sortimentsbuchhandlung vorrätig!

Langenscheidt'sche Verlagsbuchhändl.

(Prof. G. Langenscheidt) Berlin SW. II.

</